

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

**Information und Entscheidung zu den Äußerungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit  
(§ 3 Abs. 1 BauGB) vom 26.10.2020 bis zum 20.11.2020  
sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)  
vom 26.10.2020 bis zum 20.11.2020 mit Schreiben vom 22.10.2020**

Zweckverband Flugplatz Bitburg, BP „Nr. 19 Flugfeld West“

Die folgenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden zur Planung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Name der Behörde / des Trägers öffentlicher Belange	Datum der Rückäußerung
01. Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM RLP), Fachgruppe Luftverkehr, 55483 Hahn-Flughafen	29.10.2020
02. Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier, 54290 Trier	06.11.2020
03. SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH, Planung und Geoinformation, 54290 Trier	09.11.2020
04. DFS Deutsche Flugsicherung	10.11.2020
05. LBB-Niederlassung Trier, 54292 Trier	10.11.2020
06. Deutscher Wetterdienst, 63004 Offenbach	12.11.2020
07. IHK Trier, 54292 Trier	16.11.2020
08. Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesarchäologie, 54290 Trier	12.11.2020
09. Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, 56068 Koblenz	13.11.2020
10. Deutsche Telekom Technik GmbH, PTI 14, 56727 Mayen	18.11.2020 (keine Bedenken)
11. Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Landau, 76829 Landau	18.11.2020
12. Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, 54295 Trier	19.11.2020
13. Vermessungs- und Katasteramt Westeifel-Mosel, 54470 Bernkastel-Kues	19.11.2020
14. Westnetz GmbH, 54294 Trier	26.10.2020
15. Ortsgemeinde Scharfbillig, 54636 Scharfbillig	19.11.2020
16. Kreisverwaltung d. Eifelkreises Bitburg-Prüm, 54623 Bitburg	20.11.2020

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

17. Planungsgemeinschaft Region Trier, 54290 Trier	23.11.2020
18. Eisenbahn-Bundesamt (EBA) Landesbevollmächtigter für Bahnaufsicht, 60329 Frankfurt/Main	28.10.2020 (keine Bedenken)
19. Forstamt Bitburg, 54634 Bitburg	04.11.2020
20. Handwerkskammer Trier, 54292 Trier	05.11.2020 (keine Bedenken)
21. LBB-Niederlassung Landau – Abt. Pipeline Maßnahmen	18.11.2020
22. VGV Bitburg-Land für Ortsgemeinde Röhl	16.11.2020
23. Wehrbereichsverwaltung West Kompetenzzentrum für Baumanagement Wiesbaden	29.10.2020
24. ADD, Referat 21 b	-
25. Bischöfliches Generalvikariat, 54290 Trier	-
26. Bundesforstamt Baumholder, 55774 Baumholder	-
27. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, 54290 Trier	-
28. Deutsche Bahn Netz AG Regionalbereich Mitte, 60326 Frankfurt am Main	-
29. Regionales Klimabüro Essen, 45133 Essen	-
30. Dienstleistungszentrum ländlicher Raum Eifel, 54634 Bitburg	-
31. Ev. Kirchengemeinde, 54634 Bitburg	-
32. Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, 55743 Idar-Oberstein	-
33. Kulturamt Trier, 54290 Trier	-
34. Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz, 55129 Mainz-Hechtsheim	25.11.2020
35. Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, 54568 Gerolstein	-
36. Ministerium d. Innern u. für Sport, Obere Landesplanungsbehörde, 55116 Mainz	-
37. SGD Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, 54290 Trier	-
38. SGD Süd Zentralstelle der Forstverwaltung, 54411 Hermeskeil	-
39. Stadtverwaltung Bitburg, 54634 Bitburg	-
40. Stadtwerke Bitburg, 54634 Bitburg	-
41. VGV Bitburg-Land, 54634 Bitburg	-
42. VGV Bitburg-Land für Ortsgemeinde Kyllburg	-
43. VGV Bitburg-Land für Ortsgemeinde Oberstedem	-

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB Name der Bürger*in oder der Organisation	Datum der Rückäußerung
01. Frau Beate Jacob, [REDACTED], [REDACTED]	22.11.2020

Folgende Äußerungen / Informationen aus der Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 1 BauGB) liegen vor:	Kommentierung Planungsbüro / Verwaltung
---	---

Nr. 01   Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM RLP), Fachgruppe Luftverkehr, 55483 Hahn-Flughafen – Schreiben vom 29.10.2020	Zu Nr. 01
<p>„...wie bereits im Verfahren (Flächennutzungsplan) der Kreisverwaltung Bitburg-Prüm mitgeteilt, kann es zu verschiedenen Problemen und Konflikten bezüglich der Gebäudehöhen kommen, da auch eine lediglich „geringfügige Durchdringung“ von uns nicht genehmigt würde.</p> <p>Die geplanten Gebäude, Parkflächen und Straßen befinden sich im An-/Abflugsektor bzw. im Bereich der seitlichen Übergangsflächen. Hier sind bestimmte Bereiche von Hindernissen freizuhalten und es ist keine Durchdringung erlaubt (siehe gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen vom 03.08.2012)</p> <p>Erst eine konkrete Betrachtung der einzelnen Bauvorhaben mit Angabe von Maßen (Länge/Höhe/Breite, etc.) und (Eck-) Koordinaten kann hier zu Klärung führen, da dies dann auch durch die DFS (Deutsche Flugsicherung) beurteilt werden muss. Diese Koordinaten sind im WGS84-Format (Grad, Minute, Sekunde) anzugeben.</p> <p>Auf keinen Fall dürfen hier z.B. Schornsteine oder sonstige Abgasanlagen sowie Antennen errichtet werden, die gegebenenfalls zu Sichtbehinderungen bzw. zu zusätzlichen Hindernissen führen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Zuge des weiteren Verfahrens beachtet.</p> <p>Dto.</p> <p>Die entsprechenden Angaben werden im Zuge jedes anstehenden Bauvorhabens in den Bauantragsunterlagen gemacht.</p> <p>Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Wir weisen schon jetzt auf den Fluglärm in diesem Bereich hin.

Für Rückfragen stehen wir jederzeit zur Verfügung.“

**Beschluss: kein Beschluss erforderlich**

Nr. 02   Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier, 54290 Trier – Schreiben vom 06.11.2020	Zu Nr. 02
<p>„...Ziel des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg ist es, durch den Bebauungsplan Nr. 19 „Flugfeld West“ die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die (zukünftig) nicht mehr dem Luftverkehrsrecht unterliegenden Flächen auf dem ehemaligen Air Base Gelände, im westlichen Bereich der Start- und Landebahn, schrittweise einer gewerblichen und/oder industriellen Nutzung zuführen zu können.</p> <p>Dem Vorentwurf der Begründung (Stand: 03.07.2020) ist zu entnehmen, dass von Seiten der Planung bislang noch keine konkreten Aussagen zum Immissionsschutz getroffen werden können. Dies wird zum einen damit begründet, dass derzeit noch keine konkreten Angaben über bestimmte Betriebe vorliegen, die sich zukünftig im Plangebiet ansiedeln möchten. Zum anderen wird, was von hier aus nachvollziehbar ist, im Zusammenhang mit der Festlegung etwaiger Lärmemissionskontingente auf die aktuelle Rechtsprechung aus dem Jahr 2017 bzw. 2019 und die daraus resultierenden problematischen Auswirkungen für die Planung hingewiesen. Die Thematik des Immissionsschutzes soll daher im Verlauf des weiteren Verfahrens zur Aufstellung des o. g. Bebauungsplanes weitergehend betrachtet und zur Offenlage im Rahmen der förmlichen Beteiligung ein entsprechendes Konzept vorgelegt werden.</p> <p>Aufgrund dessen können von hier aus Sicht des anlagenbezogenen Immissionsschutzes zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Aussagen darüber getroffen werden, ob der Immissionsschutz ausreichend gewürdigt wurde. In Anlehnung an unsere Stellungnahme vom 20.01.2020 im Rahmen der Beteiligung zur Landesplanerischen Stellungnahme möchten wir aber nochmals darauf aufmerksam machen, dass im Verlauf des weiteren Verfahrens zur Aufstellung des</p>	<p>Der betreffende Bereich wurde bereits aus dem Luftverkehrsrecht entlassen.</p> <p>Die Darstellung entspricht dem aktuellen Sachstand.</p> <p>Eine entsprechende ganzheitliche Betrachtung wird im Zuge des weiteren Bauleitplanverfahrens durchgeführt, soweit dies abschließend möglich ist.</p>

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Bebauungsplanes möglichst eine ganzheitliche und vor allem abschließende Betrachtung der immissionsschutzrechtlichen Belange durchgeführt wird. Nur so kann u. E. frühzeitig sichergestellt werden, dass die gewerbliche bzw. industrielle Erweiterung, unter Berücksichtigung der bestehenden Vorbelastung, zukünftig zu keinen immissionsschutzrechtlichen Konflikten mit den bereits vorhandenen relevanten sensiblen Nutzungen der Umgebung führen wird. Eine Verlagerung dieser Thematik auf die Ebene der späteren baurechtlichen Genehmigungsverfahren bzw. ggf. der Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sollte so weit wie möglich vermieden werden.“

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

**Beschluss: kein Beschluss erforderlich****Nr. 03 | SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH, Planung und Geoinformation, 54290 Trier – Schreiben vom 09.11.2020****Zu Nr. 03**

„...bezüglich des o. g. B-Planverfahrens und der damit einher gehenden Änderung des Flächennutzungsplans bestehen unsererseits keine Bedenken. Die Anbindung des Plangebietes an unser Erdgasnetz ist grundsätzlich möglich. Je nach Leistungsbedarf kann das Gebiet an unser Mitteldrucknetz in der Straße „Am Tower“ oder unser Hochdrucknetz im Bereich der Flugplatzstraße angebunden werden. Auch eine Breitbandanbindung ist grundsätzlich realisierbar. Wir bitten um eine frühzeitige Leitungscoordination mit den anderen Ver- und Entsorgungsträgern um Synergien in der Leitungsverlegung zu heben und den Bedarf an Leitungstrassen zu ermitteln. Notwendige Leitungstrassen außerhalb der öffentlichen Straßen und Wege sollten verbindlich im B-Plan ausgewiesen werden.

Aktuelle und detaillierte Informationen über Lage und Umfang vorhandener Erdgasversorgungsleitungen können über unsere Online-Planauskunft unter [www.swt.de](http://www.swt.de) Netz-Netzauskunft angefordert werden.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer Angaben und um Beteiligung im weiteren Verfahren. Für Rückfragen und Erläuterungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.“

Der Hinweis, dass seitens der SWT keine Bedenken gegen das Bauleitplanungsverfahren bestehen, wird zur Kenntnis genommen.

Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

**Beschluss: kein Beschluss erforderlich**

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Nr. 04   DFS Deutsche Flugsicherung – Schreiben vom 10.11.2020	Zu Nr. 04
<p>„... durch die oben aufgeführte Planung werden Belange der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH bezüglich § 18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) nicht berührt. Es werden daher unsererseits weder Bedenken noch Anregungen vorgebracht. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht notwendig.</p> <p>Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 LuftVG unberührt.</p> <p>Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) von unserer Stellungnahme informiert.“</p>	<p>Der Hinweis, dass Belange der DFS nicht berührt werden, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<b>Beschluss: kein Beschluss erforderlich</b>	

Nr. 05   LBB-Niederlassung Trier, 54292 Trier – Schreiben vom 10.11.2020	Zu Nr. 05
<p>„... die LBB Niederlassung Trier hat den Auftrag zur Untersuchung von Altlasten und Kampfmittel in verschiedenen Bereichen des Flugplatzes Bitburg.</p> <p>Für weitere Informationen und den genauen Abschluss bzw. Sachstand steht Ihnen unser Projektbearbeiter für den Bereich Altlastenbeseitigung Herr Tautges Tel. 0651 2093 395 gerne zur Verfügung.“</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
<b>Beschluss: kein Beschluss erforderlich</b>	

Nr. 06   Deutscher Wetterdienst, 63004 Offenbach – Schreiben vom 12.11.2020	Zu Nr. 06
<p>„...im Namen des Deutschen Wetterdienstes als Träger öffentlicher Belange bedanke ich mich für die Beteiligung an der Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes für den Bereich des Flugplatzes Bitburg sowie Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 19 „Flugfeld West“ des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg.</p>	

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Ihre Planung wurde anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen durch unsere Fachbereiche geprüft.

Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. getroffen sind.

Ich möchte Sie allerdings darauf hinweisen, dass aus Sicht des Deutschen Wetterdienstes die Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut Klima zu berücksichtigen sind. Das Vorhaben ist so zu gestalten, dass erhebliche ungünstige Auswirkungen auf das Klima und das Lokalklima vermieden werden. Zusätzlich ist bei dem Vorhaben im Sinne des Baugesetzbuches den Aspekten des Klimaschutzes und denen der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen.“

Die Aussage, dass der DWD keine Einwände gegen die Planung hat, werden zur Kenntnis genommen.

Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

**Beschluss: kein Beschluss erforderlich****Nr. 07 | IHK Trier, 54292 Trier – Schreiben vom 16.11.2020****Zu Nr. 07**

„...vielen Dank für die Beteiligung an dem oben genannten Verfahren. Der Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes für den Bereich des Flugplatzes Bitburg sowie Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 19 „Flugfeld West“ des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg stehen seitens der Industrie- und Handelskammer Trier keine Bedenken entgegen.

Der Hinweis, dass seitens der IHK keine Bedenken gegen die Bauleitplanung bestehen und dass die angestrebte Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen und die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen begrüßt wird, wird zur Kenntnis genommen.

Wir begrüßen die angestrebte Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen und der damit verbundenen Schaffung von Arbeitsplätzen.“

**Beschluss: kein Beschluss erforderlich****Nr. 08 | Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesarchäologie, 54290 Trier – Schreiben vom 12.11.2020****Zu Nr. 08**

...“ wie wir als Träger öffentlicher Belange in unserer Stellungnahme vom 04.02.2020 in Zusammenhang mit o. g. Planung im Rahmen der landesplanerischen Stellungnahme gem. § 20 LPIG der Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm mitgeteilt haben,

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.



Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

sind uns in dem Planungsgebiet zwei archäologische Fundstellen — eine ausgedehnte römische Siedlungsstelle und ein (zugehöriger) römischer Bestattungsplatz — bekannt, die bereits in der Zeit vor der Errichtung des Flugplatzes zu Beginn des 20. Jahrhunderts entdeckt wurden. Da zum einen die damalige Datenerhebung ungenau war und zum anderen unklar ist, inwieweit die Fundstellen bei der Errichtung des Flughafens beeinträchtigt wurden, stufen wir das Plangebiet nur als archäologische Verdachtsfläche ein. Dies bedeutet, dass damit zu rechnen ist, dass dort bei Bodeneingriffen archäologische Funde im Sinne von § 16 DSchG RLP zum Vorschein kommen. Um Art und Umfang von durch die Planung betroffenen archäologischen Funden § 16 DSchG RLP festzustellen, sind nach Auffassung der GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier in den bislang unversiegelten Bereichen des Plangebietes im Rahmen einer bodendenkmalpflegerischen Sachverhaltsermittlung im Vorfeld von Erdingriffen jeglicher Form archäologische Prospektionen durchzuführen.

Erst anhand der Prospektionsergebnisse lässt sich dann von uns eine detaillierte bodendenkmalpflegerische Stellungnahme zu der Planung verfassen. Im Rahmen unserer Stellungnahme vom 04.02.2020 haben wir als Prospektionsmethode die Durchführung einer magnetischen Prospektion vorgeschlagen. Da wir aber anhand der Auswertung einer kleineren Sondagegrabung, die wir im Jahr 2018 auf dem Gelände des Flughafens durchgeführt haben, nun wissen, dass im Oberbodenbereich des Flughafengeländes mit einem erhöhten Eintrag von Metallschrott zu rechnen ist, ist mit diesem Kenntnisstand die Durchführung von magnetischen Prospektionen für eine bodendenkmalpflegerische Sachverhaltsermittlung als wenig zielführend anzusehen. Eine Sachverhaltsermittlung kann unter diesen Umständen nur durch einen gezielten (Ober-)Bodenabtrag mit einem Bagger (mind. 20t) mit glattem Böschungslöffel (Löffelbreite mind. 1,5 m) nach unseren Vorgaben und in unserer Begleitung durchgeführt werden. Der Umfang- und die Tiefe des Abtrags ist bei einer Detailplanung noch festzulegen.

Ein Oberbodenabtrag mittels eines Baggers ist aufgrund der enormen Größe des Plangebietes nicht flächendeckend möglich. Entsprechende Untersuchungen müssen daher auf die Ebene der Baugenehmigung verlagert werden, da erst dann klar ist, in welchen Bereichen tatsächlich Gebäude und sonstige bauliche Anlagen entstehen werden.

Die Sachverhaltsermittlung kann erst dann gezielt unter Zuhilfenahme eines Baggers (mind. 20t) mit glattem Böschungslöffel (Löffelbreite mind. 1,5 m) nach Vorgaben und in Begleitung der GDKE durchgeführt werden. Der Umfang- und die Tiefe des Abtrags ist, wie seitens der GDKE vorgeschlagen, bei der Detailplanung festzulegen.



Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

<p>Außerdem muss gewährleistet sein, dass für die Mitarbeitenden unserer Dienststelle keine Gefahr durch belastete Böden etc. besteht.</p> <p>Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass gemäß § 21 (3) DSchG RLP der Veranlasser archäologischer Maßnahmen an deren Kosten beteiligt werden kann. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass — je nach den Ergebnissen der Prospektion — ggf. vor der baulichen Umsetzung der Planung noch umfangreiche archäologische Ausgrabungen durchgeführt werden müssen, um Funde gemäß § 19 DSchG RLP zu bergen und ihre Fundumstände zu dokumentieren. Auch an den Kosten ggf. notwendiger Ausgrabungen kann der Veranlasser beteiligt werden.</p> <p>Wir empfehlen dringend, dass sich der Planungsträger wegen des weiteren Vorgehens mit uns in Verbindung setzt. Unsere Kontaktdaten sind der Adresszeile zu entnehmen. Wir bitten Sie, uns weiterhin an den Planungen zu beteiligen.“</p>	<p>Dabei wird gewährleistet, dass für die Mitarbeitenden der Dienststelle keine Gefahr durch belastete Böden etc. besteht.</p> <p>Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine weitergehende Beteiligung erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften.</p>
<p><b>Beschluss: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Baggersondierungen sind jedoch aufgrund der Größe des Plangebietes nicht flächendeckend möglich. Diese sind im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens für die konkreten Bauvorhaben in Abstimmung mit der GDKE durchzuführen.</b></p>	
<p><b>Abstimmungsergebnis:</b> Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung</p>	

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Nr. 09   Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, 56068 Koblenz – Schreiben vom 13.11.2020	Zu Nr. 09
<p>„...mit Bezug auf Ihr Schreiben vorn 22.10.2020 nehmen wir im Folgenden Stellung: Die Zuständigkeit der oberen Naturschutzbehörde beschränkt sich gemäß Rundschreiben des Ministeriums für Finanzen vom 9. Dezember 2005 „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in der Bauleitplanung“ vorliegend auf die Prüfung der Auswirkungen auf Naturschutzgebiete, auf Natura-2000-Gebiete und auf nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 15 LNatSchG geschützte Biotopbereiche. Es ist deshalb sicherzustellen, dass die hier für die Belange des Naturschutzes zuständige untere Naturschutzbehörde am Verfahren beteiligt wird und Gelegenheit zur Äußerung erhält. Nach Prüfung der Planungsunterlagen stellen wir fest, dass von vorliegenden Verfahren keine Naturschutzgebiete und keine Natura-2000-Gebiete betroffen sind. Tangiert werden jedoch von der Landesbiotopkartierung erfasste Magerwiesen und zwar in erheblichem Umfang. Im den aktuellen Planungsunterlagen beigefügten BNL/Petry-Gutachten, Stand 08.10.2019, werden diese als „EA1 Glatthaferwiese“, LRT 6510, Erhaltungszustand A, B, C, § 15 LNatSchG RLP, Biotop 6.1, RL Biotoptypen Deutschlands 34.07.01 Status 1-2“ auf Grundlage von Erfassungen aus dem Jahr 2019 klassifiziert. Bauplanungsrechtlich liegen diese Wiesenflächen im Außenbereich gem. § 35 BauGB und unterfallen damit nach § 15 Abs. 1 Nr. 3 LNatSchG als „weitere gesetzlich geschützte Biotope“ dem Pauschalschutz gem. § 30 (2) BNatSchG. Vorrangig sind sie danach vor Beschädigungen zu schützen und zu erhalten. Der vorgelegte Bebauungsplanvorentwurf lässt nicht erkennen, dass zumindest Teile davon erhalten werden sollen. Vielmehr würden die Flächen des pauschal geschützten Grünlandbiotops bei Umsetzung offensichtlich vollständig verloren gehen, vgl. Begründung S. 12: „Insbesondere in Richtung Südosten, also zur Ortschaft Scharfbillig hin, ist ein 15 m breiter Grünstreifen vorgesehen, der es ermöglicht, hier einen dichten Gehölzriegel anzulegen. Die Breite erlaubt zudem die Aufschüttung von Erdmassen im Sinne eines Sicht- und Lärmschutzwalls. Weitere Grünordnungsmaßnahmen innerhalb des Plangebietes sind nicht sinnvoll, da sie dem Nutzungszweck eines Industriegebietes widersprechen würden.“</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Vorhandensein von Magergrünländern ist dem Planungsträger schon länger bekannt. Hierzu wurde im Zeitraum Mai – August 2020 nochmals eine vertiefende Kartierung / Erfassung der örtlichen Biotoptypen, insbesondere auch der geschützten Magergrünländer, durchgeführt.</p> <p>Tatsächlich ist ein großflächiger Eingriff in geschützte Magergrünländer zu erwarten; Vermeidungsmaßnahmen im Rahmen der Bauleitplanung sind nicht möglich, da ansonsten die beabsichtigten Vorhaben nicht umsetzbar wären.</p>

Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

Das eingeleitete Bauleitplanverfahren „Flugfeld West“ kann damit nur zielführend sein, wenn die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung oder Befreiung in Aussicht gestellt werden kann. Dies ist nach § 30 (4) BNatSchG im Wege einer Antragstellung an die untere Naturschutzbehörde abzu prüfen. Sollte eine Ausnahmezulassung danach erkennbar nicht möglich sein, kann danach die Möglichkeit einer Befreiung über die Obere Naturschutzbehörde geprüft werden. Ist weder die Möglichkeit einer Ausnahmezulassung noch einer Befreiung gegeben, so besteht ein nicht überwindbares Planungshindernis.

Nach derzeitigem Entwurfsstand ist nicht konkret erkennbar, wie ein angemessener Ausgleich und Ersatz in räumlich-funktionalem Zusammenhang für den erheblichen Verlust mageren Grünlands geschaffen werden kann. Mit in die Betrachtung einzubeziehen ist auch, dass benachbart weitere Planungen („Priorität B-Flächen“ im Westen der Bebauungsplanänderung mit rund 50 ha) sowie Landanfrage (im Osten des Gebietes) angestoßen wurden, welche zusätzlich in Pauschalschutzgrünlandflächen erheblichen Umfangs eingreifen würden. Dargelegt ist in der Begründung S. 12 lediglich

Die oben genannte vertiefende Kartierung / Erfassung hat ergeben, dass ein Teil der erfassten Magergrünländer naturschutzfachlich ausgleichsfähig sind; hierzu sollen voraussichtlich entsprechende Ausgleichsflächen außerhalb des Bebauungsplans nach noch zu vollziehender Prüfung ausgewiesen werden. Diese Ausnahmezulassung soll in einem separaten Verfahren bei der zuständigen unteren Naturschutzbehörde beantragt werden. Allerdings sind in einem Großteil des Plangebietes auch Magergrünländer mit hervorragender Ausprägung, inkl. Tendenzen zu diesen Ausprägungen, faktisch nachgewiesen worden. Eingriffe in diese hervorragenden Ausprägungen gelten naturschutzfachlich als nicht ausgleichbar. Daher kann für diese Flächen keine Ausnahme durch die untere Naturschutzbehörde erteilt werden, sondern es werden Befreiungsverfahren in Zuständigkeit der oberen Naturschutzbehörde angestrebt. Die weitere Vorgehensweise hinsichtlich der Befreiungs- / Ausnahmeverfahren soll zeitnah mit der Unteren und der Oberen Naturschutzbehörde abgestimmt werden. Ein unüberwindbares Planungshindernis für die beabsichtigte Bauleitplanung soll nicht verbleiben.

Der Planungsträger hat frühzeitig mit einer entsprechenden Vorbereitung und Akquise zur Bereitstellung etwaiger Ausgleichsflächen für zu erwartende Eingriffe in geschützte Magergrünländer begonnen. Inzwischen wurden umfangreiche mögliche Flächen zusammengestellt, welche derzeit hinsichtlich ihrer naturschutzfachlichen Ausgleichseignung überprüft

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

eine Suchkulisse: „Flächen und Maßnahmen zum erforderlichen Ausgleich von Eingriffen in Natur- und Landschaft sind außerhalb des Plangebietes vorgesehen. Hierfür kommen insbesondere Flächen im unmittelbaren südlichen Anschluss an das Flugplatzgelände (unten grün dargestellt) in Frage. Sollten diese nicht ausreichen, sind in 2. (gelb) und 3. Priorität (rot) Flächen im weiteren Umfeld in Betracht zu ziehen.“

Außerdem müssen wir darauf hinweisen, dass aufgrund des BNL/Petry-Gutachtens artenschutzrechtliche Hürden erkennbar werden, insbesondere für die Art Wiesenpieper, aber auch für Feldlerche und Raubwürger, Feuerfalter und Mauereidechse. Die besondere, mindestens regionale Bedeutung des Sonderlebensraums „Flugplatz“ in ihrer Ausprägung und Flächengröße wird hierdurch deutlich. Geeignete Vermeidungs-, Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen im Sinne des Artenschutzes sind bislang nicht dargelegt.

Zuständige Ansprechpartnerin ist auch hier zunächst die untere Naturschutzbehörde. Im BFL/Petry-Gutachten (S. 87) wird dazu ausgeführt: „Einerseits erfüllen allgemeine „Voruntersuchungen“ nicht die gebotene fachliche Ermittlungstiefe bei der Sachverhaltsermittlung. Um Aussagen zu den artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen mit hoher Prognosesicherheit treffen zu können, bedarf es weiterführender Detailuntersuchungen zu einzelnen Arten/-gruppen. Andererseits muss für eine vorhabenbezogene artenschutzrechtliche Bewertung die Planung dahingehend ausreichend konkretisiert sein. Beide Voraussetzungen sind derzeit nicht gegeben.“ Dies ist auch gegenwärtig noch der Sachstand.

Auch für Fragen des Artenschutzes gilt: Ein vollzugsunfähiger Bebauungsplan wäre rechtswidrig und damit unwirksam. Eine enge Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde hinsichtlich des weiteren Untersuchungsumfangs und möglicher Vermeidungs-, Schutz-, und Ausgleichsmaßnahmen wird daher dringend empfohlen.“

werden.

Die Ergebnisse sollen mit der Unteren und der Oberen Naturschutzbehörde abgestimmt werden (vgl. oben).

Zu den genannten Vogelarten wurde in 2020 ein Avifaunistischer Fachbeitrag erstellt, um auch die konkreten artenschutzrechtlichen Auswirkungen und Maßnahmen eingehender zu überprüfen. Demnach sind vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Hierzu sollen, wie vorab dargelegt, Ausgleichsflächen bereitgestellt werden, nach noch zu vollziehender Überprüfung und Abstimmung mit den Naturschutzbehörden.

Ggf. sind Ausnahmeverfahren bei der zuständigen Naturschutzbehörde zu beantragen, insbesondere sofern ein vollständiger vorgezogener Ausgleich von Beeinträchtigungen des Besonderen Artenschutzes nicht möglich ist.

Die weitere Vorgehensweise hinsichtlich des Artenschutzes soll demnächst mit der Unteren und der Oberen Naturschutzbehörde abgestimmt werden.

**Beschluss:** Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Zuge des weiteren Verfahrens beachtet. Entsprechende Ausnahmen / Befreiungen / vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen usw. werden in Abstimmung mit der Unteren und der Oberen Naturschutzbehörde festgelegt und umgesetzt. Der Sachverhalt ist bis zur Offenlage des Bebauungsplans abschließend zu klären.

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung

**Nr. 11 | Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Landau, 76829 Landau – Schreiben vom 18.11.2020****Zu Nr. 11**

„...auf Grundlage Ihres Schreibens vom 22.10.2020 zum o. g. Vorhaben können wir Ihnen nach Durchsicht und Prüfung der Planunterlage mitteilen, dass keine in unserem Verantwortungsbereich liegende Kraftstofffernleitung oder kraftstofftechnische Anlage des Bundes durch das geplante Projekt betroffen ist.

Trotzdem möchten wir Sie darauf hinweisen, dass im nördlichen Bereich eine stillgelegte Pipeline zur Versorgung des Flughafens verlief.

Unsere Zuständigkeit endete an der ehemaligen Übergabestation (Bereich Sportplatz), daher haben wir keine Unterlagen zu möglichen stillgelegten Pipelineverläufen auf dem Gelände des Flugplatzes.

Wir bitten dies zu beachten.

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.“

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

**Beschluss: kein Beschluss erforderlich**

**Nr. 12 | Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, 54295 Trier – Schreiben vom 19.11.2020****Zu Nr. 12**

„...zur Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Flugplatz Bitburg, sowie die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 „Flugfeld West“ nehmen wir aus landwirtschaftlicher Sicht wie folgt Stellung:

Im Zuge der Rückstufung des Verkehrslandeplatzes hat sich die Flugbetriebsfläche verkleinert. Daher sollen im Plangebiet zusätzliche Gewerbe- und Industriegebiete angesiedelt werden.

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐ |

Gegen diese Planung bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.

Mit der Inanspruchnahme der Planflächen innerhalb der bereits entwickelten gewerblich industriellen Nutzung der Gesamtliegenschaft des Flugplatzes Bitburg kann ein Flächenverbrauch im Aussenbereich an anderer Stelle vermieden und das Ziel des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden umgesetzt werden.

Anders sieht es bei den Kompensationsflächen aus. Flächen und Massnahmen zum erforderlichen Ausgleich von Eingriffen in Natur- und Landschaft sind ausserhalb des Plangebietes vorgesehen. Hierfür kommen nach den Aussagen der Begründung insbesondere Flächen im unmittelbaren südlichen Anschluss an das Flugplatzgelände in Frage. Sofern diese nicht ausreichen sollen weitere Flächen im Umfeld gem. der Darstellung auf S.12, Abb. 10 ausgewiesen werden. Ein flächenschonender Umgang mit landwirtschaftlichen Nutzflächen ist in diesen Darstellungen (auch wenn dieser noch nicht konkret ist) nicht erkennbar.

Gegen diese Planung bestehen daher erhebliche Bedenken von Seiten der Landwirtschaft.

Bei den südlich angrenzenden Flächen handelt es sich gemäß dem Regionalen Raumordnungsplan Region Trier 1985 um sehr gut bis gut geeignete landwirtschaftliche Nutzflächen (vgl. Abb. 1). Gemäß dem Neuentwurf zum Regionalen Raumordnungsplan von 2014 werden überwiegend landwirtschaftliche Vorrangflächen und Vorbehaltsflächen dargestellt (vgl. Abb. 2, lila: Vorrangflächen, grün: Vorbehaltsflächen).

Der Hinweis, dass aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.

Die landwirtschaftlichen Belange müssen aufgrund vorrangiger natur- und artenschutzrechtlicher Vorgaben (vgl. Stellungnahme der oberen Naturschutzbehörde, Nr. 09) voraussichtlich im Sinne der bauleitplanerischen Abwägung zumindest teilweise zurückgestellt werden.

Die beabsichtigten Ausgleichsflächen sollen jedoch überwiegend extensiv bewirtschaftet werden; insofern ist eine landwirtschaftliche Nutzung auch künftig grundsätzlich vorgesehen.

Die natur- und artenschutzrechtlich erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen sollen voraussichtlich durch örtliche Landwirte im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen umgesetzt werden.

Somit soll die örtliche Landwirtschaft grundsätzlich mit einbezogen werden, um den geäußerten Bedenken zu entgegenen.



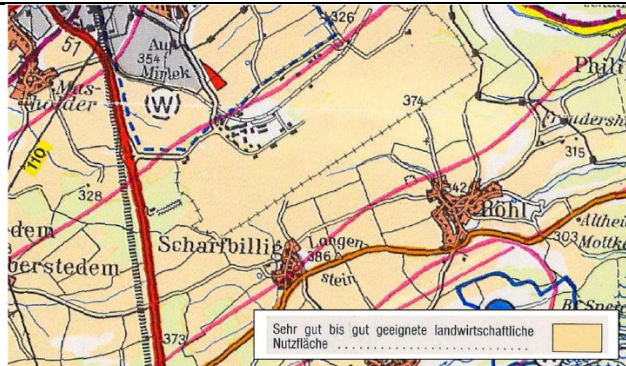
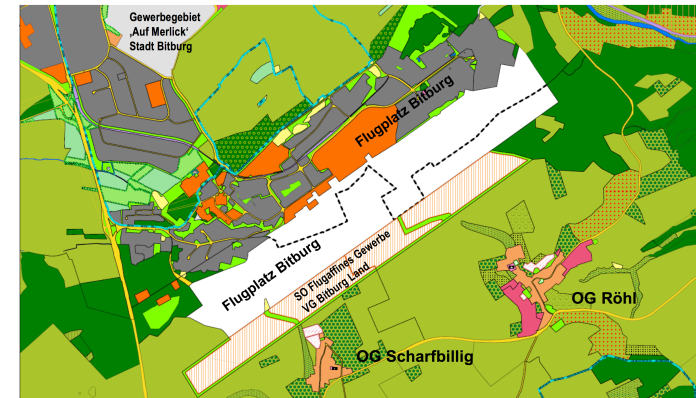
Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

Abb. 2: Neuentwurf zum Regionalen Raumordnungsplan: Vorrang- und Vorbehaltsflächen im Untersuchungsgebiet

Es handelt sich um sehr gut zu bewirtschaftende landwirtschaftliche Nutzflächen mit hohen Ertragspotentialen. Dies spiegelt sich auch in den hohen Ackerzahlen der Parzellen wieder. Zudem wirtschaften noch zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe in den umliegenden Gemeinden, die insbesondere auf hofnahe Flächen angewiesen sind. Es besteht ein hoher Flächendruck, der durch gesetzliche Vorgaben, wie beispielsweise die Düngeverordnung, aber auch durch den Klimawandel und den landwirtschaftlichen



Wie aus obenstehender Abbildung ersichtlich, ist im derzeit gültigen Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Bitburger Land im Süden des Flugplatzgeländes bereits eine großflächige, gewerbliche Baufläche dargestellt, die fast bis an die Ortslage Scharfbillig heranreicht. Sie deckt sich in weiten Teilen mit den potenziellen Ausgleichsflächen, so dass hier kein Konflikt mit der Landwirtschaft zu erwarten ist.



Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Strukturwandel verstärkt wird. Dabei stellt die Flächenbewirtschaftung die wichtigste Existenzgrundlage der landwirtschaftlichen Betriebe dar. Die Externen Kompensationsmaßnahmen sind daher im Vorfeld eng mit der Landwirtschaft, sowohl den Vertretern, als auch mit den Bewirtschaftern vor Ort abzustimmen. Ein Ausgleich auf landwirtschaftlichen Vorrangflächen wird grundsätzlich abgelehnt.	
<b>Beschluss: Die Bedenken der Landwirtschaftskammer werden zur Kenntnis genommen, müssen jedoch voraussichtlich wegen vorrangiger anderer Belange zurückgestellt werden. Einzelheiten sind bis zur Offenlage des Bebauungsplans zu klären.</b>	
<b>Abstimmungsergebnis:</b> Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung	

<b>Nr. 13   Vermessungs- und Katasteramt Westeifel-Mosel, 54470 Bernkastel-Kues – Schreiben vom 19.11.2020</b>	<b>Zu Nr. 13</b>
„...in der Begründung zum Bebauungsplan sollten die überplanten Flurstücke aufgelistet werden. Ansonsten werden unsererseits keine Bedenken vorgebracht.“	In der Begründung zum Bebauungsplan zur Offenlage werden die überplanten Flurstücke aufgelistet.
<b>Beschluss: Die Begründung wird bis zur Offenlage redaktionell ergänzt.</b>	
<b>Abstimmungsergebnis:</b> Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung	

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Nr. 14   Westnetz GmbH, 54294 Trier – Schreiben vom 26.10.2020	Zu Nr. 10
<p>„...In der o. g. Bereich betreiben wir umfangreiche Mittel-, Nieder- und Straßenbeleuchtungsnetze.</p> <p>Als Anlage senden wir Ihnen Planunterlagen, in denen unsere im Geltungsbereich des Bebauungsplanes vorhandenen Leitungen eingetragen sind, mit der bitte, diese bei Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen.</p> <p>Für die vorhandenen Erdkabeltrassen ist eine 1 m breite Schutzzone zu berücksichtigen, die von Baulichkeiten und Pflanzungen, insbesondere von solchen mit tiefgehenden Wurzeln, freigehalten werden muss.</p> <p>Anpflanzungen bitten wir mit uns abzustimmen. Die Abstände von den vorgesehenen Bepflanzungen zu unseren geplanten bzw. vorhandenen Leitungen sind gemäß den VDE-Bestimmungen und dem „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsleitungen“ einzuhalten.</p> <p>Die elektrische Versorgung der im Plangebiet vorhandenen sowie zur Ansiedlung kommenden Kunden erfolgt aus dem bestehenden bzw. zu erweiternden Nieder-/Mittelspannungsnetz.</p> <p>Falls im Baugebiet keine Gehwege vorgesehen sind, bitten wir unbedingt zu beachten, dass mindestens auf einer Straßenseite ein öffentlicher Versorgungstreifen eingeplant wird. Dieser sollte eine unbefestigte Oberfläche oder eine Oberfläche aus Betonsteinpflaster aufweisen, damit nachträgliche Arbeiten an den Versorgungsleitungen keine sichtbaren Beeinträchtigungen der Oberflächen zur Folge haben.</p> <p>Die Erweiterung der Straßenbeleuchtungsanlage erfolgt in Abstimmungen mit der Stadt Bitburg im Rahmen des bestehenden Straßenbeleuchtungsvertrages.</p> <p>Um für die Leuchten den in der RAS (Richtlinie für die Anlage von Straßen) geforderten seitlichen Sicherheitsraum für den Kraftfahrzeugverkehr von 0,75 m (bei Hochborden 0,5 m) zu erreichen, ist es unter Umständen erforderlich, dass die Leuchten auf Privateigentum errichtet werden. Wir bitten daher die Anlieger entsprechend zu informieren und dies in die textliche Festsetzung des Bebauungsplanes aufzunehmen. Sollten Änderungen unserer Anlagen notwendig werden, so richtet sich die Kostentragung nach den bestehenden Verträgen bzw. sonstigen Regelungen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

In unseren Plänen sind nur die Leitungen/Anlagen aufgeführt die in unserem Eigentum sind. Weitere Leitungen/Anlagen befinden sich auf dem Gelände (bspw. Privatkabel), die nicht in unserem Eigentum und Unterhaltung sind. Zu diesen Leitungen können wir keinerlei Aussagen treffen, diese Leitungen sind nicht in unserem Planwerk eingetragen.

Werden unsere Belange in diesem Sinne beachtet, dann bestehen aus unserer Sicht gegen Ihre weiteren Planungen keine Bedenken.“

**Beschluss: kein Beschluss erforderlich**

### Nr. 15 | Ortsgemeinde Scharfbillig, 54636 Scharfbillig – Schreiben vom 19.11.2020

„...im Rahmen der Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19 „Flugfeld West“ des Zweckverbands Flugplatz Bitburg und der Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes für den Bereich des Flugplatzes Bitburg nehmen wir wie folgt Stellung:  
1) In allen Planungen sind die Neubaugebiete „im Brühl“ und „Wolfsgalgen“ im Norden der Ortsgemeinde Scharfbillig zu berücksichtigen.

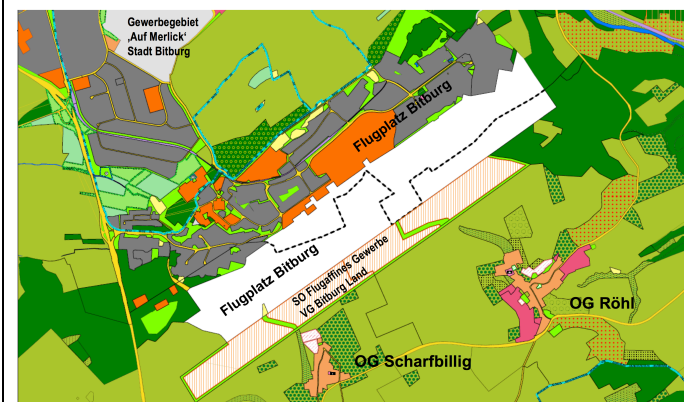
Die vorliegende Begründung zum Bebauungsplan beschreibt unter Punkt 11.4 zum Immissionsschutz das Erfordernis, im weiteren Planverfahren die Festsetzung von Emissionskontingenten vorzunehmen, um schützenswerte Nutzungen, somit Wohnen, vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen.

Dazu teilen wir mit, dass in allen weiteren Betrachtungen, insbesondere in den zur Festsetzung von Emissionskontingenten noch zu erstellenden Gutachten zu berücksichtigen ist, dass im Norden der OG Scharfbillig nicht nur das Baugebiet „im Brühl“ vorhanden ist, sondern auch das zur Zeit in Planung befindliche Wohngebiet „Wolfsgalgen“.

Die Ortsgemeinde beabsichtigt, kurzfristig für den Bereich „Brühl II“ den Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan zu fassen und bei der Verbandsgemeinde Bitburger Land die erforderliche Änderung des Flächennutzungsplanes zur Gewährleistung des Entwicklungsgebotes des § 8 BauGB zu beantragen.

### Zu Nr. 10

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.



Generell ist dabei jedoch anzumerken, dass südlich des Flugplatzes im gültigen FNP der Verbandsgemeinde Bitburger Land, wie oben dargestellt, bereits eine sehr große, gewerbliche Baufläche ausgewiesen ist, auf die die Planung weiterer

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐ |

**Begründung:**

Nach Prüfung von Alternativen im Ort und im unmittelbaren Umfeld liegen keine alternativen Entwicklungsmöglichkeiten in größerem Abstand zum Flugplatzgelände vor, um die Nachfrage nach Baugrundstücken zu decken. Die im FNP noch mit „Priorität 2“ gekennzeichnete Fläche steht auch mittelfristig nicht zur Verfügung. Der Abstand zu den mit der Änderung des FNP auf dem Flugplatz geplanten gewerblichen Bauflächen ist für das bestehende Gebiet „Brühl“ und das neue Baugebiet etwa gleich. An den aktuell in Aufstellung befindlichen B-Plan Nr. 19 des Zweckverbandes mit der Festsetzung von Industriegebieten rückt das neue Gebiet „Wolfsgalgen“ näher heran als das bestehende Gebiet „im Brühl“.

2) Bei der Anordnung der inneren Erschließung und der einzelnen Gebäude sollen Gesichtspunkte des Schallschutzes bereits berücksichtigt werden.

Von den dargestellten Varianten in Abbildung 8 ist daher die Variante A zu bevorzugen. Be- und Entladezonen sollten zur Erschließungsstraße hin angeordnet werden, sodass Scharfbillig auf der Rückseite liegt und die Gebäude selbst bereits schallabschirmend wirken.

**Begründung:**

Der schwerwiegendste Faktor des Gewerbestandortes sind die von ihm ausgehenden Emissionen. Dabei ist in besonderer Schwere der zu erwartende Lärm zu nennen. Durch diesen Hinweis machen wir darauf aufmerksam, dass die Anordnung der Gebäude selbst bereits großen Einfluss auf die Schallausbreitung hat. Zur Sicherung der Wohn- und Aufenthaltsqualität in der Ortslage Scharfbillig ist es ein Leichtes, bereits jetzt auf diese Problematik zu achten.

3) In den vorliegenden Unterlagen werden Industriegebiete nach § 9 BauNVO ausgewiesen. Aus unserer Sicht sind Gewerbegebiete nach § 8 BauNVO auszuweisen.

Wohnbauflächen in der Ortsgemeinde Scharfbillig Rücksicht zu nehmen hat.

Es liegt daher bei der Ortsgemeinde im konkreten Fall nachzuweisen, dass ihre Planungen mit den jetzigen planerischen Vorgaben vereinbar sind.

Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐**Begründung:**

Gewerbe- und Industriegebiete dienen gleichermaßen der Unterbringung von Gewerbebetrieben. Planungsrechtlich unterscheiden sich die beiden Baugebietskategorien nicht nach der Art der Betriebe, sondern hinsichtlich der von ihnen ausgehenden Emissionen. Während das GE der Unterbringung von „nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben“ dient, sollen im GI vor allem solche Betriebe untergebracht werden, die aufgrund ihres Störpotentials in anderen Baugebieten (und damit auch in Gewerbegebieten) nicht zugelassen werden können, da sie ein ortsunübliches Maß an Umweltbelastung (wie Lärm, Staub, Geruch) produzieren, und darum von Wohngebieten ferngehalten werden sollen. Im vorliegenden Text wird die Unterscheidung GE / GI nicht durch Emissionen, sondern durch die Größe der Bebauung begründet. Diese Argumentation ist nicht nachvollziehbar.

Es ist verständlich, die Zuschneidung auf einen möglichen Investor nicht zu eng zu fassen. Zu groß ist das Risiko, wenn die Verhandlungen scheitern. Jedoch müssen für diesen Fall die Alternativen betrachtet werden. Der gewählte Ansatz eines Industriegebietes schafft dabei unverhältnismäßige Spielräume: Was heute als Logistikbetrieb angedacht war, kann morgen nach vorliegender Planung problemlos der denkbar größte und lauteste Industriebetrieb sein. Die Ausnutzung der gebotenen Möglichkeiten hätte für die Wohn- und Aufenthaltsqualität in unserer Gemeinde katastrophale Auswirkungen. Die nach den textlichen Darlegungen gewünschten Ansiedlungen - und auch alternative Ansiedlungen vergleichbaren Störpotentials - lassen sich in einem Gewerbegebiet durchführen, dazu braucht es kein Industriegebiet. Die Ausweisung von Industriegebieten sollte ausschließlich zur Ansiedlung von Betrieben dienen, die aufgrund ihres Störpotentials auf eine GI-Festsetzung angewiesen sind. Solche stark emittierenden Betriebe sind nach den Beteuerungen in den Zweckverbandssitzungen hier nicht angesprochen; nach den vorliegenden Unterlagen nicht vorgesehen, und seitens der Gemeinde Scharfbilling nicht zu akzeptieren. Daher sehen wir keine Veranlassung zur Ausweisung eines Industriegebietes.

**4) Höhe der baulichen Anlagen**

- a. Die maximale Bauhöhe wird nach vorliegenden Unterlagen auf 403müNN bzw. 396 müNN begrenzt.

Im Zuge der weiteren Planung werden die schalltechnischen Belange näher untersucht. Bei Bedarf werden weitergehende Festsetzungen zum Lärmschutz getroffen.

Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Welche Gebietsarten konkret ausgewiesen werden, wird bis zur Offenlage des Bebauungsplan geklärt.

Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐ |

Die Gebäudehöhe sollte nach Einpassung in den Natur- und Landschaftshorizont festgelegt werden.

b. Dabei sind 10% der Fläche von der Begrenzung ausgenommen. Aus unserer Sicht ist auch die maximale Höhe auf der Ausnahmefläche zu reglementieren.

Begründung:

Die vorhandene Wohnbebauung „im Brühl“ sowie die geplante Wohnbebauung im „Wolfsgalgen“ liegen etwa niveaugleich zum Planungsgebiet, mit zurzeit offener Sicht auf einen schützenswerten Landschaftsraum. Die Gebäudehöhen im vorliegenden Bericht wurden durch technische Erfordernisse „mit ausreichendem Spielraum“ [S. 22] festgesetzt. Dabei ergibt sich eine 33m über Gelände (l) aufragende Ansichtsfläche, was erwartbar große Nachteile für die Attraktivität der Wohngebiete hinsichtlich Wohnqualität und auch der Vermarktungschancen mit sich bringt.

Gerade die Ortsgemeinde Scharfbillig ist auf die Erschließung attraktiver neuer Baugebiete aber dringend angewiesen. Die in der Begründung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 19 unter Punkt 6 - Freiraumkonzept in Absatz 2 beschriebene Festsetzung eines 15 m breiten Grünstreifens (siehe auch Planzeichnung), der die Anlage eines Gehölzriegels vorsieht und auch die Anschüttung von Erdmassen im Sinne eines Sicht- und Lärmschutzwalles erlaubt, wird aus Sicht der Ortsgemeinde Scharfbillig daher begrüßt. Es scheint aber nicht plausibel, die genannten 33m im Horizont aufragenden Gebäude durch einen begrünten Wall auch nur annähernd „verstecken“ zu können.

Daher darf die Festsetzung der zulässigen Höhen nicht aus dem Stegreif pauschal oder ausschließlich nach großzügigen technischen Schätzungen erfolgen, sondern muss im Vorfeld auch durch 3D-Visualisierungen auf Verträglichkeit geprüft werden. Dabei sollten verschiedene Höhenplanfälle unter maximaler Ausreizung der jeweils gegebenen Spielräume veranschaulicht und die Bauhöhen dementsprechend ermittelt werden.

5. Das Entwässerungskonzept muss die Einleitung in den Brückengraben in besonderer Weise berücksichtigen. Eine grundsätzliche Neudimensionierung des Retentionsabflusses ist erforderlich.

Begründung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Im vorliegenden Bericht wird unter Kapitel 7.1 „Schmutz- und Regenwasser“ darauf verwiesen, dass das Niederschlagswasser zu „bereits vorhandenen oder neu auszubauenden Regenrückhaltebauwerken“ geleitet wird.

Wir weisen darauf hin, dass die existierende Entwässerungssituation nicht dem aktuellen Stand der Technik entspricht und eine Verwendung des bestehenden Rückhaltebeckens in dieser Form nicht möglich ist. Das Rückhaltebecken ist entsprechend der neuen Belastungssituation zu dimensionieren.

Vor allem aber erfolgt die Einleitung in den Brückengraben augenscheinlich ungedrosselt und ist im Zuge der Planung zu überprüfen. Der Drosselabfluss ist wassertechnisch nach den gültigen Regelwerken zu bemessen. Dabei ist eine rechnerische Ermittlung des Abflussquerschnitts unter Berücksichtigung der Durchflussquerschnitte an den Durchlassbauwerken in der Ortslage Scharbillig unverzichtbar, um Schäden innerhalb der Ortslage zu vermeiden.

6) Alle im Zuge der Projektierung bewegten Erdmassen müssen auf PFC — Belastung hin überprüft und entsprechend behandelt werden.

Begründung:

Die vorliegende „Voruntersuchung Nutzung von Teilen des ehemaligen Flugfeldbereiches auf dem Flugplatz Bitburg“ der BNL Petry GmbH, Ottweiler, kommt zum Ergebnis (Kap. 10 — abschließende Betrachtung):

„Daraus entsteht die Notwendigkeit einen Sanierungsplan gemäß §13 Abs. 1 und 2 BBodSchG zu erstellen sowie eine potentielle Gefährdung für die menschliche Gesundheit sowohl im Untersuchungsgebiet abhängig von der weiteren Nutzung als auch auf regionaler Ebene durch den Eintrag von PFC in die Grundwasserleiter und die Oberflächengewässer auszuschließen.“

Es wird offengelassen, ob sich dieser Untersuchungsplan auf alle Flächen, oder lediglich auf die Verdachtsflächen gemäß dem Gutachten der Firma Altenbockum & Partner, 2017, bezieht. Es wird unsererseits davon ausgegangen, dass ein Sanierungskonzept — wie bisher kommuniziert — lediglich den Bereich der Priorität B betreffen wird und eine bauliche Erschließung der Priorität A entsprechend des vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 19 kurzfristig und ohne größere Sanierungsmaßnahmen möglich ist.

Zum Schutze der Umwelt vor weiteren Schadstoffeinträgen ergibt sich aus unserer Sicht dennoch die Verpflichtung, die Aussagekraft des flächig repräsentativ

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Im Zuge der Bauleitplanung werden entsprechende Bodengutachten erstellt und die sich daraus ergebenden Maßnahmen festgesetzt.



Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

angenommenen Einzelprobenrasters durch Einzelproben im Zuge des Bauablaufs weiter zu verfeinern.

Wir weisen nachdrücklich auf die Erkenntnis hin {BNL Petrv GmbH, Kap. 8.2.1- Boden): „Auf dem gesamten Gelände sind PFC-Verbindungen nachweisbar, deren Verteilung allerdings inhomogen ist. So finden sich im zentralen Bereich der Start- und Landebahn unauffällige Proben und punktuell Proben mit relativ niedrigen PFC-Konzentrationen bis < 1,0 pg/L IPFC und anderen Bereiche v.a. am westlichen Ende der Flightline mit hohen bis sehr hohen PFC-Konzentrationen.“

Durch die genannte inhomogene Verteilung und das übliche Vorgehen der Stichprobenuntersuchungen kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch auf Flächen mit angenommener geringer Belastung doch punktuell Schadstoffansammlungen zu finden sind. Die ausgehobenen Erdmassen sollen daher in einem festzulegenden Verhältnis auf ihren Schadstoffgehalt überprüft und gegebenenfalls witterungsgeschützt gelagert und in die Sanierungsmasse einbezogen werden.

7) Im Kapitel 4.2, Verkehrsanbindung, wird zur Ergänzung der nördlichen Erschließung der Gewerbeflächen eine Zufahrt von Westen angedacht.

Zitat: „Außerdem ist es möglich, [...] eine weitere Zufahrtsmöglichkeit aus Richtung Westen, über den bestehenden Radweg vom Flugplatz in Richtung Scharfbillig und Oberstedem zu schaffen. Dies ist jedoch erst sinnvoll, wenn mittelfristig [...]“

Diese Zufahrtsmöglichkeit ist aus unserer Sicht in keinem Fall sinnvoll. Begründung: über die Sammelstraße „zur Startbahn“ und die in kurzer Entfernung liegende Auffahrt auf die B51 ist eine funktions- und leistungsfähige Anbindung an das übergeordnete Straßennetz gegeben. Sollten hier Zweifel bestehen, so ist bei der Planung des Anschlussknotenpunktes eine Leistungsfähigkeitsprüfung nach dem Handbuch zur Bemessung von Straßenverkehrsanlagen unter zugrunde liegender Prognosebelastung einer voll erschlossenen südwestlichen Gewerbefläche durchzuführen und der Knotenpunkt entsprechend bedarfsgerecht zu dimensionieren.

Eine Nutzung eines ausgewiesenen Radweges zur Anbindung von Gewerbeflächen mit starkem Schwerverkehrsaufkommen, insbesondere Logistikzentren, widerspricht den Nutzungs- und Förderungszielen der Infrastruktur der sanften Mobilität in eklatanter Weise und ist nicht zu akzeptieren.“

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Aussage in der Begründung zeigt lediglich eine weitere, mittelfristige Anbindungsvariante auf. Sie ist nicht Gegenstand des vorliegenden Bauleitplanverfahrens.

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

<b>Beschluss:</b> Die Bedenken und Hinweise der Ortsgemeinde Scharfbillig werden zur Kenntnis genommen. Ob und inwieweit sie Berücksichtigung finden können, ist bis zur Offenlage zu klären.	
<b>Abstimmungsergebnis:</b> Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung	

<b>Nr. 16   Kreisverwaltung d. Eifelkreises Bitburg-Prüm, 54623 Bitburg – Schreiben vom 20.11.2020</b>	<b>Zu Nr. 16</b>
<p>„...zu dem von Ihnen mit Schreiben vom 22.10.2020, übersandten Entwurf des oben genannten Flächennutzungsplanes und Bebauungsplanes geben wir nach Anhörung der betroffenen Ämter unseres Hauses für die Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm folgende zusammengefasste Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 1 BauGB ab:</p> <p>1. Flächennutzungsplan 1.1 Bauwesen</p> <p>1.1.1 Auf Seite 4 der Begründung ist ausgeführt, dass das betreffende Teilgebiet im FNP als Fläche für den Luftverkehr gemäß § 9 Abs. 6 BauGB dargestellt ist. § 9 BauGB ist Rechtsgrundlage für Festsetzungen in einem Bebauungsplan. Im Flächennutzungsplan liegt das Teilgebiet im Bereich „Umgrenzung der Flächen für den Luftverkehr, Flughafen“. Es handelt sich um eine nachrichtliche Übernahme von Fachplanungsrecht im Sinne § 5 Abs. 4 BauGB (Luftverkehrsrecht). Die Begründung sollte diesbezüglich berichtigt werden.</p> <p>1.1.2 Im künftigen Flächennutzungsplan soll das Teilgebiet als gewerbliche Bauflächen (G) dargestellt werden. Es sollte hier auf die Rechtsgrundlage § 5 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 3 BauNVO hingewiesen werden.</p> <p>1.1.3 Die Rechtsgrundlagen (Liste) sollte auch auf der Planurkunde oder im Anhang zur Begründung aufgeführt werden.</p>	<p>Die Begründung wird entsprechend berichtigt.</p> <p>Auf die Rechtsgrundlage wird hingewiesen. Die Rechtsgrundlagen werden zur Offenlage auch auf der Planurkunde aufgeführt.</p>

Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐**1.2 Naturschutz und Landschaftspflege**

Belange des Naturschutzes sind durch die beabsichtigte Erweiterung gewerblich-industrieller Flächen im Umfang von rund 100 ha auf den westlichen Flugfeldbereich in erheblichem Maße betroffen. Aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde wird im zur Stellungnahme vorgelegten Verfahren zur Änderung des F-Planes auf Folgendes (ähnlich wie bereits im Verfahren der „Landesplanerischen Stellungnahme“) ausdrücklich hingewiesen:

Die beabsichtigte F-Plan-Änderung umfasst den westlichen Teil des Flugfeldes. In der Begründung wird noch einmal unterschieden in einen Teilbereich mit „Priorität A“ (ca. 50 ha) und einen südwestlich davon gelegenen Teilbereich mit „Priorität B“ (ebenfalls ca. 50 ha), bei dem entsprechend der Angaben eine Altlastenproblematik vorliegt.

Die in den Unterlagen enthaltene „Voruntersuchung Nutzung von Teilen des ehemaligen Flugfeldbereiches auf dem Flugplatz Bitburg“ der BNL Petry GmbH (Stand: 8.10.2019), im Weiteren als „BNL 2019“ bezeichnet, umfasst über die beantragten Teilflächen mit Priorität A und B hinaus eine weitere Teilfläche des Flugfeldes weiter nordöstlich, die nicht Teil der vorgesehenen F-Plan-Änderung ist.

Das Untersuchungsgebiet ist entsprechend dieser Voruntersuchung „von hoher ökologischer Bedeutung“ (S. 126, BNL 2019). Floristisch/ vegetationskundlich wird festgestellt: „Im regionalen Bezug ist die Bedeutung des Gebiets aufgrund seiner Ausprägung und Bewirtschaftung der Biotope, der Flächengröße und dem Fehlen von Magerwiesen im Umland als hoch einzustufen“ (BNL, S. 46). Nach der „Voruntersuchung“ (Erfassung 2019) werden große Teile der überplanten Flächen als „EA1 Glatthaferwiese, Lebensraumtyp 6510, Erhaltungszustand A, B, C, § 15 Landesnaturschutzgesetz Rheinland-Pfalz...“ bezeichnet. Nach Auskunft der zuständigen Bauaufsichtsbehörde (Drees, 30.12.2019) ist das Untersuchungsgebiet bauplanungsrechtlich als „Außenbereich“ zu werten. Das bedeutet, dass die von § 15 des Landesnaturschutzgesetzes umfassten Magergrünlandbereiche im Planungsgebiet nach § 30 Abs. 2 Satz 2 Bundesnaturschutzgesetz gesetzlich geschützt sind.

Entsprechend des Plans „Biotope“ (BNL Petry GmbH, 8.10.2019) sind demnach die für die Planung vorgesehenen Grünlandflächen großflächig, sowohl bei Priorität A wie auch bei Teilbereich B, nach § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 15 LNatSchG gesetzlich geschützt.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Das Vorhandensein von Magergrünländern ist dem Planungsträger schon länger bekannt. Hierzu wurde im Zeitraum Mai – August 2020 eine nochmals vertiefende Kartierung / Erfassung der örtlichen Biotoptypen, insbesondere auch der geschützten Magergrünländer, durchgeführt.

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐ |

Bei der vorgesehenen gewerblich-industriellen Nutzung der Flächen ist davon auszugehen, dass die geschützten Flächen (dies wird eindrucksvoll auch durch den B-Plan-Entwurf für das Teilgebiet „Priorität A“ bestätigt) praktisch vollständig in Anspruch genommen und damit zerstört werden. Für die Inanspruchnahme dieser Flächen kann auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung nach § 30 Abs. 3 BNatSchG durch die untere Naturschutzbehörde erteilt werden. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben kann diese Ausnahmegenehmigung jedoch nur dann erteilt werden, „wenn die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können“. Ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung nach § 30 Abs. 3 BNatSchG ist bisher nicht gestellt worden. Sofern die Beeinträchtigungen nicht ausgeglichen werden können und damit eine Ausnahmegenehmigung nicht erteilt werden kann, ist es möglich, eine Befreiung nach § 67 BNatSchG bei der oberen Naturschutzbehörde zu beantragen.

Anhand der bisher vorliegenden Unterlagen ist nicht erkennbar, wie ein Ausgleich im Sinne von § 30 Abs. 3 BNatSchG im räumlich-funktionalen sowie zeitlichen Zusammenhang für den erheblichen Verlust zusammenhängender geschützter Magergrünlandflächen erreicht werden soll.

Tatsächlich ist ein großflächiger Eingriff in geschützte Magergrünländer zu erwarten. Die oben genannte vertiefende Kartierung / Erfassung hat ergeben, dass ein Teil der erfassten Magergrünländer naturschutzfachlich ausgleichsfähig sind; hierzu sollen voraussichtlich entsprechende Ausgleichsflächen außerhalb des Bebauungsplans nach noch zu vollziehender Prüfung ausgewiesen werden. Diese Ausnahmezulassung soll in einem separaten Verfahren bei der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde beantragt werden. Allerdings sind in einem Großteil des Plangebietes auch Magergrünländer mit hervorragender Ausprägung, inkl. Tendenzen zu diesen Ausprägungen, faktisch nachgewiesen worden. Eingriffe in diese hervorragenden Ausprägungen gelten naturschutzfachlich als nicht ausgleichbar. Daher kann für diese Flächen keine Ausnahme durch die untere Naturschutzbehörde erteilt werden, sondern es werden Befreiungsverfahren in Zuständigkeit der oberen Naturschutzbehörde angestrebt. Die weitere Vorgehensweise hinsichtlich der Befreiungs- / Ausnahmeverfahren soll demnächst mit der Unteren und der Oberen Naturschutzbehörde abgestimmt werden.

Der Planungsträger hat frühzeitig mit einer entsprechenden Vorbereitung und Akquise zur Bereitstellung etwaiger Ausgleichsflächen für zu erwartende Eingriffe in geschützte Magergrünländer begonnen. Inzwischen wurden umfangreiche mögliche Flächen

Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

In der „Begründung“ des F-Plan-Änderungsentwurfs ist angegeben: „Für den Flächennutzungsplan ist nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB und § 1a BauGB i.V.m. § 2 Abs. 4 BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen und ein Umweltbericht zu erstellen. Mit den Vorarbeiten wurde bereits begonnen worden. Die Ergebnisse werden zur Offenlage vorgelegt und in den Flächennutzungsplan eingearbeitet“.

Sollten die entsprechenden, bisher nicht beantragten Prüfungen ergeben, dass weder eine Ausnahmegenehmigung noch eine Befreiung erteilt werden kann, wäre ein unüberwindliches Planungshindernis gegeben.

In Bezug auf artenschutzrechtliche Belange wird in der Voruntersuchung bei BNL 2019 (S. 88 – 94) festgestellt, dass der Verbotstatbestand im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG für den Wiesenpieper erfüllt und bei den ebenfalls nachgewiesenen Arten „Feldlerche“, „Raubwürger“, „Großer Feuerfalter“ und „Mauereidechse“ potenziell erfüllt ist und jeweils weitere Detailuntersuchungen erforderlich sind.

Unabhängig davon stellt die Voruntersuchung in Bezug auf die untersuchten Tiergruppen u. a. fest:

- a) Vogelwelt: „Neben der mittleren bis hohen Anzahl an nachgewiesenen Arten wird vor allem durch das Brutvorkommen von geschützten und seltenen Offenlandarten mit speziellem Habitatanspruch sowie dem grundsätzlich hohen Anteil an gesetzlich geschützten und gem. Roter Liste RLP seltenen Vogelarten an der Gesamtartenliste eine hohe avifaunistische Wertigkeit für das Gebiet definiert. Der Flugplatz ist unter diesen Aspekten als „Sonderlebensraum“ mit hoher Bedeutung für die Avifauna einzustufen“ (BNL, S. 49).

zusammengestellt, welche derzeit hinsichtlich ihrer naturschutzfachlichen Ausgleichseignung überprüft werden.

Die Ergebnisse sollen mit der Unteren und Oberen Naturschutzbehörde abgestimmt werden (vgl. oben).

Der Umweltbericht inkl. Abhandlungen zum Natur- und Artenschutz wird im weiteren Verfahren erstellt. Ein unüberwindbares Planungshindernis für die beabsichtigte Bauleitplanung soll nicht verbleiben. Parallel zur Bauleitplanung sollen Befreiungs- / Ausnahmeverfahren durchgeführt werden.

Zu den genannten Vogelarten wurde in 2020 ein Avifaunistischer Fachbeitrag erstellt, um auch die konkreten artenschutzrechtlichen Auswirkungen und Maßnahmen eingehender zu überprüfen.

Demnach sind vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Hierzu sollen wie vorab dargelegt Ausgleichsflächen bereitgestellt werden, nach noch zu vollziehender Überprüfung und Abstimmung mit den Naturschutzbehörden.

Ggf. sind Ausnahmeverfahren bei der zuständigen Naturschutzbehörde zu beantragen, insbesondere sofern ein vollständiger vorgezogener Ausgleich von Beeinträchtigungen des Besonderen Artenschutzes nicht möglich ist.

Die weitere Vorgehensweise hinsichtlich des Artenschutzes soll zeitnah mit der Unteren und der Oberen Naturschutzbehörde abgestimmt werden.

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

<p>b) Tagfalter: „Aufgrund des geringen Vorkommens typischer Kulturfolger wie Weißling-Arten (<i>Pieris spec.</i>), des relativ großen Artenspektrums und des Nachweises einer Zielart der FFH-Richtlinie (Großer Feuerfalter) ist das Untersuchungsgebiet als ökologisch bedeutsam für Tagfalter einzustufen. Das Vorkommen des Großen Feuerfalters ist bei der weiteren Planung zu berücksichtigen“ (BNL, S. 73).</p> <p>c) Heuschrecken: „Durch die Neu-Einstufung einiger Arten in die Gefährdungskategorien der aktuellen Roten Liste des Landes Rheinland-Pfalz (Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht Rheinland-Pfalz, 2015), erfährt die Gruppe der Heuschrecken eine planungsrelevante Aufwertung, so dass diese Insektengruppe bei der weiteren Planung Berücksichtigung finden sollte“ (BNL, S. 75).</p> <p>d) Reptilien: „Der Fundort (der Mauereidechse) im Gebiet auf einer Gesteinsaufschüttung (auf der Altablagerung Scharfbillig 1) mit süd-exponierten Sonnenplätzen, zahlreichen Spalten und Höhlen und überwachsenen Steinblöcken sowie einer geeigneten Vegetationsschicht in der direkten Umgebung, entspricht den o. g. Lebensraumansprüchen der Mauereidechse. Entsprechend besitzt dieser Biotop als „Sonderstruktur“ im Untersuchungsraum eine hohe Bedeutung für das Vorkommen und den Bestandserhalt dieser FFH-Anhang IV-Art. Allgemein finden sich im Untersuchungsgebiet vegetationsarme Bereiche in Form von asphaltierten Wegen, Mauern, ehemals genutzten Gebäuden, spaltenreichen Aufschüttungen mit Bauschutt und Schwarzdeckenresten, die Versteckplätze gegen Fressfeinde und Überwinterungsquartiere bieten sowie angrenzende Vegetationsflächen, die für ein ausreichendes Nahrungsangebot sorgen“ (BNL, S. 78). Zugleich wird bei BNL 2019 die Notwendigkeit von CEF-Maßnahmen (zeitlich vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen im räumlichen Umfeld, die zum Zeitpunkt der Beeinträchtigung bereits die erforderlichen ökologischen Ausgleichsfunktionen übernehmen können) herausgestellt. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass für die beispielhaft in der Voruntersuchung genannten CEF-Maßnahmen ein ausreichender (i. d. R. mehrjähriger) Vorlauf erforderlich ist, damit diese die Ausgleichsfunktionen „nahtlos“ übernehmen können, dass die Maßnahmen eine funktional</p>	<p>Auf Grundlage der bereits vorliegenden Voruntersuchung von BNL 2019 ergab sich für den Bebauungsplan über die in 2020 vertiefend untersuchte Avifauna hinaus kein weiterer Untersuchungsbedarf planungsrelevanter Tiergruppen (z.B. Tagfalter, Reptilien, etc.). Dies wurde im März 2020 mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmt.</p>
--	--

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐ |

<p>ausreichende Flächengröße umfassen müssen und dass die räumliche Nähe gegeben sein muss. Für die artenschutzrechtlichen Belange gilt, dass diese nicht der Abwägung unterliegen. BNL/ Petry (8.10.2019) stellen fest: „Um Aussagen zu den artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen mit hoher Prognosesicherheit treffen zu können bedarf es weiterführender Detailuntersuchungen zu einzelnen Arten-/gruppen. Andererseits muss für eine vorhabenbezogene artenschutzrechtliche Bewertung die Planung dahingehend ausreichend konkretisiert sein. Beide Voraussetzungen sind derzeit nicht gegeben, so dass die folgende artenschutzrechtliche Prüfung lediglich ein mögliches Konfliktpotenzial für einzelne Arten/-gruppen aufzeigen und Handlungsempfehlungen formulieren kann“ (S. 87). Ob 2020 „weiterführende Detailuntersuchungen“ vorgenommen wurden und was ggf. deren Ergebnisse sind ist den Unterlagen nicht zu entnehmen. Sollten artenschutzrechtliche Verbotstatbestände erfüllt sein und nicht ausgeräumt werden können, wäre auch unter diesem Aspekt ein unüberwindliches Planungshindernis gegeben.</p> <p>1.3 Raumordnung und Landesplanung Die vorliegende Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich des Flugplatzes Bitburg war Gegenstand eines Verfahrens zur landesplanerischen Stellungnahme gemäß § 20 Landesplanungsgesetz, das mit unserer Stellungnahme vom 23.03.2020 abgeschlossen wurde.</p> <p>1.4 Gesundheitsamt Gegen die Planungen bestehen aus Sicht des Gesundheitsamtes keine Bedenken.</p> <p>1.5 Dorferneuerung Aus Sicht der Dorferneuerung bestehen keine Bedenken-</p> <p>2. Bebauungsplan 2.1 Bauwesen 2.1.1 In der Begründung (Nr. 4.1) sollte zum Flächennutzungsplan die richtige Rechtsgrundlage § 5 Abs. 4 BauGB angegeben werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Rechtsgrundlage wird zur Offenlage des Bebauungsplans ergänzt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
---	--



Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

2.1.2 Das städtebauliche Grundkonzept (Nr. 5 der Begründung) sieht vor, große Baugrundstücke für Unternehmen mit hohem Flächenbedarf zu erschließen. Daher wird auch ein Industriegebiet (GI) ausgewiesen, welches sich insoweit auch von den angrenzenden Gewerbegebieten (GEE) unterscheidet. Daher sollten auch die Festsetzungen des Bebauungsplanes grundsätzlich auf dieses städtebauliche Ziel ausgerichtet werden. Industriegebiete dienen vorwiegend dazu, Betriebe, die aufgrund hoher Immissionen im Gewerbegebiet nicht zugelassen werden können, hier ansiedeln zu können. Insoweit sollten Nutzungen, die bereits in angrenzenden Gewerbegebieten zulässig sind (Betriebswohnungen, Verkaufsflächen etc.) hier ausgeschlossen werden um die Entwicklung des GI zu gewährleisten.

2.1.3 Das Baugebiet wird über eine neue Straße erschlossen. Mit dieser neuen Erschließungsstraße ergeben sich auch Änderungen im nördlichen Bebauungsplan Nr. 14 „Shelter Bereich A“. Ein qualifizierte Bebauungsplan setzt zwingend die Festsetzung von Verkehrsflächen voraus (§ 30 BauGB). Die neue Anbindung des Baugebietes ist daher in die Abgrenzung einzubeziehen und als Verkehrsflächen festzusetzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB).

2.1.4 Die festgesetzten Flächen (überbaubare Flächen, Verkehrsflächen etc.) sind zu bemaßen.

Die enormen Größen der Bauflächen müssen aus der Planurkunde im Hinblick auf künftige Bauanträge genau zu ermitteln sein.

## 2.2 Naturschutz und Landschaftspflege

Entsprechend der Angaben in der „Begründung“ des B-Plan-Vorentwurfs wird „für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1 a BauGB eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden“ (S. 6). Im jetzigen Verfahrensschritt sollen die Behörden und Träger öffentlicher Belange „unterrichtet und zur Äußerung, insbesondere auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert werden“ (S. 7). Die eigentliche Umweltprüfung soll erst im nächsten Verfahrensschritt durchgeführt werden, ebenso soll erst zur Offenlage ein Kapitel zur Berücksichtigung der Umweltbelange, Eingriffe in Naturhaushalt und

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Die abschließende Planzeichnung wird der Kreisverwaltung in georeferenzierter Form digital zur Verfügung gestellt, so dass sämtliche Angaben Lage und flächentreu zu entnehmen sind,

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Landschaft ergänzt wie auch externe Kompensationsmaßnahmen ausgearbeitet werden.

Insofern, da zahlreiche wesentliche Aussagen zu Umweltbelangen noch nicht vorliegen, beschränkt sich die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde auf die folgenden Ausführungen:

a) Landschaftsbild

Durch Vergleich der Geländehöhen mit den nach Textfestsetzung 1.2.2 vorgesehenen zulässigen maximalen Gebäudehöhen über Normalhöhennull zeigt sich, dass Gebäudehöhen bis zu 30 m zulässig sein sollen. Diese Höhe darf im Einzelfall entsprechend Festsetzung durch technische Aufbauten noch überschritten werden. Bei einer Grundflächenzahl von 0,8 (die bis 0,9 durch Nebenanlagen, Garagen, Stellplätze überschritten werden darf, weitere Überschreitungen darüber hinaus können zugelassen werden, Festsetzung 1.2.1) und der Planungsabsicht, große Firmen wie z. B. „Logistikunternehmen, die einen besonders hohen Flächenbedarf haben“ (S. 9, Begründung) anzusiedeln, ist von außergewöhnlich massiven, großvolumigen Baukörpern auszugehen. Wir halten es für erforderlich, für den nächsten Planungsschritt

- Sichtbeziehungen zu ermitteln, darzustellen und zu visualisieren,
- Vermeidungs-/ Minimierungsmaßnahmen zu erarbeiten und
- entsprechende Festsetzungen zu entwickeln.

b) Gesetzlich geschützte Grünlandflächen

Bereits im Rahmen des Verfahrens der „Landesplanerischen Stellungnahme“ sowie im Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes (s. o.), die allerdings beide einen rund doppelt so großen Planbereich umfassten (100 ha), hatten wir, auf Grundlage der Voruntersuchung BNL Petry, 2019, auf Folgendes hingewiesen (Hinweis: Die folgenden fachlichen Beurteilungen/ Bewertungen gelten in gleicher Weise wie für die relativ homogene Gesamtfläche von 100 ha auch für den Geltungsbereich des B-Planes Nr. 19, der nur einen Teilbereich von rund 50 ha davon umfasst):

„Das Untersuchungsgebiet ist entsprechend dieser Voruntersuchung „von hoher ökologischer Bedeutung“ (S. 126, BNL 2019). Floristisch/ vegetationskundlich wird festge-stellt: „Im regionalen Bezug ist die Bedeutung des Gebiets aufgrund seiner Ausprägung und Bewirtschaftung der Biotope, der Flächengröße und dem Fehlen von Magerwiesen im Umland als hoch einzustufen“ (BNL, S. 46). Nach der

Die zu erwartenden Eingriffe in das Landschaftsbild werden im Rahmen der Eingriffsregelung behandelt und im Umweltbericht dokumentiert.

Da es sich vorliegend um eine Angebotsplanung ohne konkreten Vorhabenbezug handelt, kann eine „Vorhabenvisualisierung“ erst im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens erfolgen.

Diesbezüglich wird auf obige Kommentierungen verwiesen.

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐ |

„Voruntersuchung“ (Erfassung 2019) werden große Teile der überplanten Flächen als „EA1 Glatthaferwiese, Lebensraumtyp 6510, Erhaltungszustand A, B, C, § 15 Landesnaturschutzgesetz Rheinland-Pfalz...“ bezeichnet. Nach Auskunft der zuständigen Bauaufsichtsbehörde (Drees, 30.12.2019) ist das Untersuchungsgebiet bauplanungsrechtlich als „Außenbereich“ zu werten. Das bedeutet, dass die von § 15 des Landesnaturschutzgesetzes umfassten Magergrünlandbereiche im Planungsgebiet nach § 30 Abs. 2 Satz 2 Bundesnaturschutzgesetz gesetzlich geschützt sind. Entsprechend des Plans „Biotope“ (BNL Petry GmbH, 8.10.2019) sind demnach die für die Planung vorgesehenen Grünlandflächen großflächig, auch im Geltungsbereich des Bebauungsplans („Priorität A“), nach § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 15 LNatSchG gesetzlich geschützt.

Der B-Plan-Entwurf Nr. 19 „Flugfeld-West“ umfasst weitgehend die in der Begründung der Flächennutzungsplanung mit Priorität A bezeichneten Flächen (S. 4), geht jedoch nach Westen darüber hinaus in mit „Priorität B“ bezeichnete Bereiche.

Bei der vorgesehenen gewerblich-industriellen Nutzung der Flächen, wie im B-Plan-Entwurf Nr. 19 vorgesehen, ist davon auszugehen, dass die innerhalb des Geltungsbereichs liegenden geschützten Grünlandflächen vollständig in Anspruch genommen und damit zerstört werden.

Für die Inanspruchnahme dieser Flächen kann auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung nach § 30 Abs. 3 BNatSchG durch die untere Naturschutzbehörde erteilt werden. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben kann diese Ausnahmegenehmigung jedoch nur dann erteilt werden, „wenn die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können“. Ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung nach § 30 Abs. 3 BNatSchG ist bisher nicht gestellt worden.

In einem Mailwechsel mit dem beauftragten Planungsbüro ISU von April 2020 wurden die Anforderungen an eine weitere erforderliche Differenzierung des Magergrünlands formuliert: So ist z. B. ein kleiner Bereich im Nordosten des B-Plan-Gebietes von etwas mehr als 1 ha, der in der Kartierung BNL/ Petry nicht umfasst war, nachzukartieren. Zudem wurde in der Kartierung der als EA 1 Glatthaferwiese Lebensraumtyp 6510 kartierte Bereich (der größte Teil der Flächen) noch einmal differenziert in Ausprägung/ Erhaltungszustand A, B oder C. Der größte Teil des Biotoptyps 6510 im Planbereich ist dem Erhaltungszustand „B“ zugeordnet, es kommen aber auch die Erhaltungszustände „A“ und „C“ vor.

Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

Nach Einschätzung des Landesamtes für Umwelt (unveröffentlicht) sind Bestände mit Erhaltungszustand „A“ nicht ausgleichbar im Sinne von § 30 Abs. 3 BNatSchG; „C“-Bestände jedoch zumeist schon, bei „B-Beständen“ kommt es auf deren Ausprägung an. Die weitere Differenzierung der kartierten „B-Bestände“ entsprechend der dem Planungsbüro bekannten Ausführungen des LfU („B“ mit Tendenz zu „A“ bzw. „B“ mit Tendenz zu „C“) halten wir für sinnvoll und erforderlich, um den Flächenanteil der aus fachlicher Sicht unter bestimmten Voraussetzungen ausgleichbaren oder nicht ausgleichbaren geschützten Grünlandbiotoptypen zu bestimmen. Dies wäre u. a. auch Grundlage bei der Festlegung des Umfangs erforderlicher Ausgleichsmaßnahmen. Sofern die Beeinträchtigungen nicht ausgeglichen werden können und damit eine Ausnahmegenehmigung nicht erteilt werden kann, ist es möglich, eine Befreiung nach § 67 BNatSchG bei der oberen Naturschutzbehörde zu beantragen.

Anhand der bisher vorliegenden Unterlagen ist nicht erkennbar, wie ein Ausgleich im Sinne von § 30 Abs. 3 BNatSchG im räumlich-funktionalen sowie zeitlichen Zusammenhang für den erheblichen Verlust zusammenhängender geschützter Magergrünlandflächen erreicht werden soll. Die in Abb. 10 „Lage möglicher Ausgleichsflächen, ohne Maßstab“ der „Begründung“ wiedergegebene Karte stellt nichts weiter als einen Suchraum dar.

Sollten die entsprechenden, bisher nicht beantragten Prüfungen ergeben, dass weder eine Ausnahmegenehmigung noch eine Befreiung erteilt werden kann, wäre ein unüberwindliches Planungshindernis gegeben.

## c) Artenschutzbelange

In Bezug auf artenschutzrechtliche Belange wird in der Voruntersuchung bei BNL 2019 (S. 88 – 94) festgestellt, dass der Verbotstatbestand im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG für den Wiesenpieper erfüllt und bei den ebenfalls nachgewiesenen Arten „Feldlerche“, „Raubwürger“, „Großer Feuerfalter“ und „Mauereidechse“ potenziell erfüllt ist und jeweils weitere Detailuntersuchungen erforderlich sind.

Zugleich wird bei BNL 2019 die Notwendigkeit von CEF-Maßnahmen (zeitlich vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen im räumlichen Umfeld, die zum Zeitpunkt der Beeinträchtigung bereits die erforderlichen ökologischen Ausgleichsfunktionen übernehmen können) herausgestellt.

Diesbezüglich wird auf obige Kommentierungen verwiesen.

Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass für die beispielhaft in der Voruntersuchung genannten CEF-Maßnahmen ein ausreichender (i. d. R. mehrjähriger) Vorlauf erforderlich ist, damit diese die Ausgleichsfunktionen „nahtlos“ übernehmen können, dass die Maß-nahmen eine funktional ausreichende Flächengröße umfassen müssen und dass die räumliche Nähe gegeben sein muss.

Für die artenschutzrechtlichen Belange gilt, dass diese nicht der Abwägung unterliegen. BNL/ Petry (8.10.2019) stellen fest: „ Um Aussagen zu den artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen mit hoher Prognosesicherheit treffen zu können bedarf es weiterführender Detailuntersuchungen zu einzelnen Arten/-gruppen. Andererseits muss für eine vorhabenbezogene artenschutzrechtliche Bewertung die Planung dahingehend ausreichend konkretisiert sein. Beide Voraussetzungen sind derzeit nicht gegeben, so dass die folgende artenschutzrechtliche Prüfung lediglich ein mögliches Konfliktpotenzial für einzelne Arten/-gruppen aufzeigen und Handlungsempfehlungen formulieren kann“ (S. 87).

Ob 2020 „weiterführende Detailuntersuchungen“ vorgenommen wurden und was ggf. deren Ergebnisse sind ist den Unterlagen nicht zu entnehmen. Entsprechend der „Voruntersuchung“ sind wir der Auffassung, dass derartige „weiterführende Detailuntersuchungen“ notwendig sind und einen Bestandteil des Umweltberichts im nächsten Verfahrensschritt darstellen müssen.

Sollten artenschutzrechtliche Verbotstatbestände erfüllt sein und nicht ausgeräumt werden können, wäre auch unter diesem Aspekt ein unüberwindliches Planungshindernis gegeben.

2.3 Landesplanung

2.3.1 Die nun vorliegenden Unterlagen zur Änderung des FNP sowie zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 19 „Flugfeld West“ entsprechen den Planungen des damaligen Verfahrens. Auf die landesplanerische Stellungnahme vom 23.03.2020 wird insofern hier verwiesen.

2.3.2 Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass der Stadt Bitburg im Regionalen Raumordnungsplan der Region Trier (Entwurf 2014, ROPneu) die besondere Funktion Freizeit/Erholung zugewiesen ist. Dabei ist neben der qualitativen Sicherung des Beherbergungs- und Gastronomieangebotes, (...) auch auf die Sicherung und Entwicklung einer attraktiven Erholungslandschaft hinzuwirken. Dies gilt in besonderer

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐ |

Weise in den Vorbehaltsgebieten für Erholung und Tourismus. Entsprechende Vorbehaltsgebiete sind insbesondere nord-westlich angrenzend an das Planungsgebiet (z.B. Kylltal) ausgewiesen. Vor dem Hintergrund einer im Bebauungsplan vorgesehenen maximalen Gebäudehöhe bis zu 403 müNN sind mögliche Auswirkungen der Planung auf das Landschaftsbild im Rahmen des weiteren Bauleitplanverfahrens besonders zu beleuchten (z.B. durch eine Sichtfeldanalyse, Visualisierung, o.ä.) und Vermeidungsmaßnahmen für eine negative Beeinflussung der regionalplanerischen Funktionszuweisung zu benennen.

#### 2.4 Dorferneuerung

Aus Sicht der Dorferneuerung bestehen keine Bedenken-

#### 2.5 Wasserrecht

##### 2.5.1 Wasserschutzgebiete:

Der Planungsraum berührt weder Wasserschutz- noch Wasservorranggebiete.

##### 2.5.2 Gewässer:

Durch die Planung sind keine Gewässer direkt betroffen, jedoch verlaufen im unmittelbar angrenzenden Bereich zum Planungsraum mehrere Gewässer III. Ordnung, etwa der Brückengraben oder der Stedemer Bach. Über die vorhandenen öffentlichen Entwässerungseinrichtungen (Regenwasserleitungen, Regenrückhaltebecken) wird gesammeltes Niederschlagswasser in die Gewässer eingeleitet.

##### 2.5.3 Abwasserbeseitigung:

Die Ausführungen zur Entwässerung sind widersprüchlich. Während in den textlichen Festsetzungen von Notüberläufen der (offensichtlich privaten) Abwasseranlagen gesprochen wird, verweist der Planteil „Begründung“ auf eine noch zu erstellende Entwässerungskonzeption und die vorgesehene Ableitung von Schmutz- und Niederschlagswasser über bestehende bzw. noch zu bauenden öffentlichen Abwasseranlagen.

##### 2.5.4 Zusammenfassung:

Aufgrund der gegebenen Untergrundverhältnisse ist eine Versickerung des anfallenden Grundwassers auf den Grundstücken selbst nicht möglich. Die Entwässerung der Flächen hat mittels öffentlicher Entwässerungseinrichtungen zu erfolgen. Aufgrund der Größe der zu entwässernden Flächen ergibt sich eine Zuständigkeit der Oberen

Weitergehende Untersuchungen zu möglichen Beeinträchtigungen der Erholungslandschaft (z.B. Sichtfeldanalyse) werden bis zur Offenlage des Bebauungsplans durchgeführt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Bis zur Offenlage des Plans wird ein umfassendes Entwässerungskonzept vorgelegt. Dieses befindet sich bereits in Arbeit.

Die weitergehenden Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐ |

Wasserbehörde (SGD Nord Regionalstelle Trier) für die Erteilung einer Erlaubnis zur Gewässerbenutzung für bestehende und neu zu bauende Anlagen.  
2.5.5 Es wird empfohlen, frühzeitig mit der zuständigen Wasserbehörde in Kontakt zu treten und die weiteren Planungsschritte mit dieser abzustimmen. Besondere Beachtung sollte hier-bei das Thema Altlasten, Gewässerbelastung (siehe Gutachten) erfahren.  
3. Sonstiges  
3.1 Hinsichtlich der Abfallentsorgung empfehlen wir den Zweckverband Abfallentsorgung Region Trier (A.R.T.), Löwenbrückener Str. 13/14, 54290 Trier, zu beteiligen.  
3.2 Wir bitten Sie, die vorstehenden Anregungen und Hinweise im weiteren Verfahren, insbesondere im Rahmen der erforderlichen Abwägung der öffentlichen und privaten Belange, zu beachten und zu berücksichtigen.  
3.3 Zur Vermeidung unnötiger Verzögerungen im weiteren Verfahren bitten wir darauf zu achten, dass die im Rahmen der Abwägung gefassten Beschlüsse vollständig in den Planunterlagen umgesetzt werden.“

Der Zweckverband A.R.T wird im weiteren Verfahren beteiligt.

Die Hinweise werden gemäß dem Ergebnis der Abwägung durch den Zweckverband berücksichtigt.

**Beschluss:** Die vorgetragenen Bedenken der Kreisverwaltung -hier insbesondere der Unteren Naturschutzbehörde- werden zur Kenntnis genommen.  
Entsprechende Ausnahmen / Befreiungen / vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen usw. werden in Abstimmung mit der Unteren und der Oberen Naturschutzbehörde festgelegt und umgesetzt.  
Der Sachverhalt ist bis zur Offenlage des Bebauungsplans abschließend zu klären.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:  
Ablehnung:  
Enthaltung



Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Nr. 17   Planungsgemeinschaft Region Trier, 54290 Trier – Schreiben vom 23.11.2020	Zu Nr. 17
<p>„...im Rahmen Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes für den Bereich des Flugplatzes Bitburg sowie der Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 19 „Flugfeld West“ des Zweckverbandes Flugplatz Bitburg bitten wir darum, folgende Belange der Regionalplanung zu berücksichtigen:</p> <p>Allgemeine Hinweise Entwurf des in Aufstellung befindlichen neuen Regionalplans Durch den Beschluss der Regionalvertretung vom 10.12.2013 mit dem der Gesamtplanentwurf des Regionalen Raumordnungsplans zur Anhörung freigegeben wurde, handelt es sich bei den in Aufstellung befindlichen Zielen der Regionalplanung um sonstige Erfordernisse der Raumordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG. Diese sind gemäß § 4 Abs. 1 ROG in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.</p> <p>Immissionsschutz Wir bitten die Vorgaben des Regionalen Raumordnungsplans zum Immissionsschutz (Kap. 5.6.2 ROPI) zu berücksichtigen. So sollen bei allen Planungsvorhaben die Belange des Immissionsschutzes ausreichend berücksichtigt werden. Immissionen sind auf ein vertretbares Maß zu beschränken, dabei sind alle gebotenen technischen Möglichkeiten zur Emissionsbegrenzung zu nutzen (Kap. 5.6.2.1 ROPI). Zwischen Vorhaben, bei denen trotz Nutzung von Einrichtungen, die dem Stand der Technik zur Emissionsbegrenzung entsprechen, mit schädlichen Umwelteinwirkungen zu rechnen ist und schutzbedürftigen Gebieten und Objekten (z. B. Wohngebiete, Kur- und Erholungsanlagen, Objekte des Natur- und Denkmalschutzes) muss ein ausreichender Abstand gewährleistet sein (Kap. 5.6.2.2 ROPI). Gewerbliche Wirtschaft</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Dem Mittelzentrum Stadt Bitburg wird im ROPI die besondere Funktion Gewerbe zugewiesen. Im ROPneu/E soll die Stadt Bitburg als kooperierendes Mittelzentrum die besondere Funktion Gewerbe weiterhin erhalten.

Die Gemeinden mit der besonderen Funktion Gewerbe sind die Schwerpunktorte der gewerblichen Entwicklung in der Region Trier (G-Gemeinden). Die besondere Funktion Gewerbe wird Gemeinden bzw. Gemeindegruppen zugewiesen, die bereits einen überörtlich bedeutsamen Gewerbebesatz aufweisen, dessen Bestandspflege und Weiterentwicklung gewerbliche Bauflächen über den Eigenbedarf hinaus erfordern. Darüber hinaus wird sie Gemeinden zugewiesen, in denen das produzierende Gewerbe verstärkt entwickelt werden soll und die hierfür besonders geeignet sind. (G 39 ROPneu/E).

Gemäß Z 40 ROPneu/E ist in den Gemeinden mit der besonderen Funktion Gewerbe eine zielgerichtete Gewerbeflächenvorsorge seitens der Gemeinden erforderlich. Dazu gehören insbesondere die Aufstellung von Bauleitplänen für die vorhandenen und neu zu planenden Gewerbeflächen, eine aktive Bodenpolitik sowie die planerische Vorbereitung der für eine Besiedlung der Flächen erforderlichen Erschließungsmaßnahmen. Die Inanspruchnahme von freien, bereits erschlossenen Industrie- und Gewerbeflächen sowie die Umnutzung von Industrie und Gewerbebrachen bzw. Konversionsflächen ist grundsätzlich der Erschließung neuer Standorte vorzuziehen. Somit stimmt die hier vorliegende Planung grundsätzlich mit den verbindlichen und in Aufstellung befindlichen Zielen der Regionalplanung zur „Gewerbewirtschaft“ in der Region Trier überein.

Entwurf des neuen Regionalplans

Nach derzeitigem Entwurf des neuen Regionalplans liegt das Plangebiet teilweise in der nachfolgenden raumordnerischen Kategorie. Wir bitten dies im weiteren Planverfahren zu berücksichtigen:

- Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft“

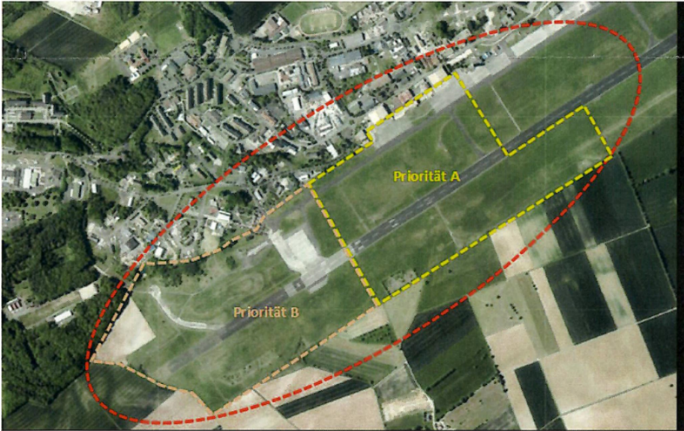
Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

**Beschluss: kein Beschluss erforderlich**

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Nr. 19   Forstamt Bitburg, 54634 Bitburg – Schreiben vom 04.11.2020	Zu Nr. 19
<p>„...nach Blick auf die erste Karte in den Unterlagen ist festzustellen, dass hier kein Wald im Sinne des Gesetzes betroffen ist.</p> <p>Auf der Fläche mit Priorität B ist im Norden eine kleine Gehölzinsel vorhanden. Sie sollte vor Überplanung geschont werden und als Trittsteinbiotop erhalten bleiben. Ansonsten dürfen bauliche Anlagen nur mit einem 30 m breiten Sicherheitsabstand zu den bestehenden Waldbeständen im Westen errichtet werden.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass für die Grundstücke Gemarkung Scharfbillig, Flur 1, Flurstücke Nr. 62/8, 62/9 und 62/54 die Genehmigung zur Änderung der Bodennutzungsart –Erstaufforstung – nach § 14 Landeswaldgesetz beantragt wurde. Diese müssen aus der Prioritätsfläche B herausgenommen werden.</p> 	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Sofern einer Änderung der Bodennutzungsart – Erstaufforstung – nach § 14 Landeswaldgesetz zugestimmt wird, werden die betroffenen Flächen aus dem FNP (Priorität B) herausgenommen.</p>

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

**Beschluss: Sofern einer Änderung der Bodennutzungsart –Erstaufforstung – nach § 14 Landeswaldgesetz zugestimmt wird, werden die betroffenen Flächen aus dem FNP (Priorität B) herausgenommen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung

**Nr. 21 | LBB-Niederlassung Landau – Abt. Pipeline Maßnahmen –  
Schreiben vom 18.11.2020**

**Zu Nr. 21**

„...auf Grundlage Ihres Schreibens vom 22.10.2020 zum o. g. Vorhaben können wir Ihnen nach Durchsicht und Prüfung der Planunterlage mitteilen, dass keine in unserem Verantwortungsbereich liegende Kraftstofffernleitung oder kraftstofftechnische Anlage des Bundes durch das geplante Projekt betroffen ist.  
Trotzdem möchten wir Sie darauf hinweisen, dass im nördlichen Bereich eine stillgelegte Pipeline zur Versorgung des Flughafens verlief.  
Unsere Zuständigkeit endete an der ehemaligen Übergabestation (Bereich Sportplatz), daher haben wir keine Unterlagen zu möglichen stillgelegten Pipelineverläufen auf dem Gelände des Flugplatzes.  
Wir bitten dies zu beachten.“

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

**Beschluss: kein Beschluss erforderlich**

**Nr. 22 | VGV Bitburg-Land für Ortsgemeinde Röhl– Schreiben vom 16.11.2020**

**Zu Nr. 22**

„...mit Schreiben an die VG vom 22.10.2020 baten Sie um Stellungnahme seitens der Gemeinde zur Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes für den Bereich des Flugplatzes Bitburg sowie Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 19 Flugfeld West Zweckverband Flugplatz.“

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.  
Detailliertere Untersuchungen können jedoch bis zum 03.12.2020 leider nicht zur Verfügung gestellt werden.

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

Leider haben wir dieses Schreiben erst später erhalten und können den Termin zu Stellungnahme 20.11.2020 nicht einhalten. Weiterhin wären detaillierte Informationen notwendig. Am 03.12.2020 haben wir eine Gemeinderatssitzung auf welcher wir hierüber beraten können, sofern uns die benötigten Infos bis dahin vorliegen.“

Im Rahmen der Offenlage erfolgt eine erneute Beteiligung der Ortsgemeinde Röhl.

**Beschluss: kein Beschluss erforderlich**

**Nr. 23 | Wehrbereichsverwaltung West Kompetenzzentrum für Baumanagement Wiesbaden – Schreiben vom 29.10.2020**

**Zu Nr. 23**

„... durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht Beeinträchtigt. Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.“

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

**Beschluss: kein Beschluss erforderlich**

**Nr. 34 | Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz, 55129 Mainz-Hechtsheim – Schreiben vom 25.11.2020**

**Zu Nr. 34**

„... aus Sicht des Landesamtes für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) werden zum oben genannten Planvorhaben folgende Anregungen, Hinweise und Bewertungen gegeben:

**Bergbau / Altbergbau:**

Die Prüfung der hier vorhandenen Unterlagen ergab, dass der Geltungsbereich der Änderung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes für den Bereich des Flugplatzes Bitburg sowie Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 19 „Flugfeld West“ von den auf Eisen verliehenen, bereits erloschenen Bergwerksfeldern „Röhl I“, „Röhl V“ und „Röhl VI“ überdeckt wird. Aktuelle Kenntnisse über deren letzte Eigentümerinnen liegen hier nicht vor.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐ |

Über tatsächlich erfolgten Abbau in diesen Bergwerksfeldern liegen unserer Behörde keine Dokumentationen oder Hinweise vor. In den in Rede stehenden Gebieten erfolgt kein aktueller Bergbau unter Bergaufsicht.

Boden und Baugrund:

-allgemein:

Der Hinweis auf die einschlägigen Baugrund-Normen sowie die Empfehlung von objektbezogenen Baugrunduntersuchungen in den Textlichen Festsetzungen unter 3.3 werden fachlich bestätigt.

Bei allen Bodenarbeiten sind die Vorgaben der DIN 19731 und der DIN 18915 zu berücksichtigen.

-mineralische Rohstoffe:

Sofern es durch evtl. erforderliche landespflegerische Kompensationsmaßnahmen außerhalb des Geltungsbereiches der Planfläche zu keinerlei Überschneidungen mit der rohstoffgeologischen Fachplanung kommt, die im Rahmen der Novellierung des RROP der zuständigen Planungsgemeinschaft vorliegt, bestehen aus der Sicht der Rohstoffsicherung gegen das geplante Vorhaben keine Einwände.

-Radonprognose:

Die in den Textlichen Festsetzungen unter 3.24 getroffenen Aussagen zum Radonpotenzial und zu Radonmessungen werden fachlich bestätigt.“

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

**Beschluss: kein Beschluss erforderlich**

Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐

**Folgende Äußerungen / Informationen von neutralen Personen oder Organisationen aus der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB liegen vor:**

**Kommentierung Planungsbüro / Verwaltung**

**Nr. 01 | Frau Beate Jacob, [REDACTED], [REDACTED] – Schreiben vom 22.11.2020**

**Zu Nr. 01**

„...hiermit nehme ich Stellung zu Ihrem Vorhaben der Änderung des derzeit gültigen Flächennutzungsplans zugunsten Ihrer Pläne zur Ausweisung und Erbauung eines Gewerbegebiets in den im aktuellen Flächennutzungsplan überwiegend für Natur- und Landschaftsschutz ausgewiesenen Flächen.  
Diese Stellungnahme bezieht sich explizit auf die botanischen Gegebenheiten der Wiesen im Planungsgebiet.  
Wir hatten beabsichtigt, vor Ort nach Wiesenpilzen der Gattung Hygrocybe (Saftlinge) zu suchen, die derzeit (- aufgrund der sommerlichen Trockenheit verspätet) in den mageren Wiesen der Region erscheinen. Frau Prof. Ruthsatz ( - ehem. Dozentin am Institut für Geo-botanik der Universität Trier) als diesbezügl. Kapazität hätte sie bestimmen können.  
Die meisten Arten dieser Gattung stehen in den Roten Listen der vom Aussterben bedrohten Arten. Ihr Vorkommen wertet eine Wiese entsprechend auf. Wir mussten jedoch von diesem Vorhaben absehen, weil die Wiesen im Planungsgebiet nicht gemäht worden sind. In der aufgrund der Nutzungsunterlassung verfilzten Grasnarbe haben es die Pilzmyzele schwer, ihre Fruchtkörper aus der Erde zu schieben. Zudem wären diese im hohen Altgras schwer zu finden gewesen, da sie nur um die 10 cm hoch werden.  
Wir haben auch ansonsten keine Vorortbegehung unternommen, da das Planungsgebiet nicht frei zugänglich ist und die Koordinierung eines Vororttermins für uns kompliziert war. Ich habe aber im November die Wiesen südlich der Landbahn von jenseits des südlichen Zaunes bei Röhl und Scharfbillig angeschaut, von wo aus gut zu sehen war, dass sie einen überständigen bzw. strohigen, also nicht gemähten

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.



Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

Aufwuchs trugen. Ob dies gleichermaßen für die Wiesen nördlich der Landebahn gilt, war nicht einsehbar, - ich halte es jedoch für wahrscheinlich.

Ich stütze mich daher bei meinen Ausführungen auf die Biotopkartierung des Landes RLP (- einsehbar im LANIS unter [www.naturschutz.rlp.de](http://www.naturschutz.rlp.de)) und auf das von Ihnen eingeholte Fach-gutachten „Voruntersuchung zur Nutzung von Teilen des ehemaligen Flugfeldbereichs auf dem Flugplatz Bitburg“ der BNL Petry GmbH in Ottweiler, das mit Ihren weiteren Planungs-unterlagen unlängst öffentlich auslag.

Biotopkartierung :

Das Planungsgebiet wurde in 2009 kartiert und ins landesweite Biotopkataster aufgenommen. Die Wiesen wurden als FFH-Lebensraumtypen 6510 „Magere Flachland-Mähwiesen“ kartiert. Die kartierten Zeigerarten sind in üblichen Mengen vertreten und finden sich auch in der Gesamtartenliste des o.g. Gutachtens wieder.

Gutachten „Voruntersuchung ...“ (s.o.) :

Im o.g. Gutachten wird ebenfalls festgestellt, dass die Wiesen im Planungsgebiet dem FFH-Lebensraumtyp 6510 entsprechen und als solche auch nach §15 Landesnaturschutzgesetz geschützt sind ( - das waren sie bei der Biotopkartierung noch nicht, weil das Gesetz zum Schutz artenreicher Wiesen und Weiden erst seit 2015 existiert, - nachdem landesweit nur noch ein Bruchteil solcher Wiesen übrig ist und ihr Schutz längst überfällig war).

Nach dem o.g. Gutachten dominiert der Biotoptyp Glatthaferwiese (Arrhenatherion) mit lebensraumtypischen Arten ca. 91,3 ha des Untersuchungsgebiets. Davon sind im Erhaltungszustand „A“ = hervorragend ausgeprägt: ca. 1,7 ha, „B“ = gut: ca. 62,1 ha, „C“ = degeneriert: ca. 27,5 ha. Es geht bezüglich dieser Aussage nicht aus dem Gutachten hervor, wie man zu diesen Anteilen an den drei Erhaltungszuständen gefunden hat.

Gleichwohl erscheinen die Zahlen bezüglich B und C durchaus glaubwürdig: Die 27,5 ha im Erhaltungszustand C sind insofern nachvollziehbar, als im September 2008 in einem Areal von ca. 15 ha ein Umbruch und die Einsaat von Getreide erfolgt ist, was vom BUND bei der Naturschutzbehörde angezeigt wurde, die eine Regenerierung des vorherigen Zustands angeordnet hat. Ein Jahr später wurden diese Flächen nicht biotopkartiert, weil nicht kartierwürdig ( - was man nach 1 Jahr Regenerierung auch nicht erwarten darf). Es ist wahrscheinlich, dass sich die Wiesen in diesem Areal nach dem Eingriff und danach erfolgter Neuansaat bisher noch nicht so gut entwickelt haben,

Diesbezüglich wird auf entsprechende analoge Kommentierungen zu Stellungnahmen der Oberen und Unteren Naturschutzbehörde verwiesen (vgl. Stellungnahmen 09 und 16).

Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

um dem Erhaltungszustand B zu entsprechen ( - soviel zur Effizienz der "Wiederherstellung" von Magerwiesen, wenn sie nicht fachlich angeleitet und mit einem Monitoring begleitet wird !).

Dass der Erhaltungszustand A nur bei 1,7 ha vorgefunden wurde, ist allerdings fragwürdig. Das müsste im Rahmen einer regulären UVP nochmals genauer untersucht werden.

Zudem mag nur je eine Beispielfläche pro Erhaltungszustand beim Biotoptyp Glatthaferwiesen bzw. FFH-LRT 6510 in der Gesamtartenliste im Rahmen einer Voruntersuchung zwar reichen, ist aber im Prinzip zu wenig und sollte in einer regulären UVP ebenfalls hinlänglich erweitert werden.

In der Gesamtpflanzenartenliste des Gutachtens fehlen Mengenangaben ( - entsprechend der im Literaturverzeichnis genannten und somit wahrscheinlich befolgten Kartieranleitung, also z.B. "d" = dominant, "f" = frequent, "fl" = vereinzelt usw.) zu den in den einzelnen Flächen vorgefundenen Arten. Dies mag in einer Voruntersuchung nicht gefordert sein, müsste aber in einer regulären UVP ebenfalls nachgeholt werden.

Die Aussagen, Glatthafer (*Arrhenatherum elatius*) sei bestandsbildend, dazu flächendeckend die LRT-typischen Arten Wiesenflockenblume (*Centaurea jacea*), Wilde Möhre (*Daucus carota*) und Wiesenlabkraut (*Galium album*), weitere typische Arten fänden sich vereinzelt auf den Flächen und Störzeiger wachsen kleinräumig auf den Flächen, erklären jedoch hinreichend, dass der weitaus größte Teil der Wiesen sich nicht in einem besseren Erhaltungszustand als B befindet.

Ich hege den dringenden Verdacht, dass der mit 1,7 ha so wenig angetroffene Erhaltungszustand A definitiv mit einer Vernachlässigung der Wiesen durch Nutzungsunterlassung mindestens in den letzten beiden Jahren zusammenhängt. Für diesen Verdacht liefert die Gesamtartenliste weitere Indizien:

Zunächst verwundert es, dass die Beispielfläche des FFH-LRT 6510-A weit weniger Arten aufweist, als die Beispielflächen für die Erhaltungszustände B und C, denn hoher Arten-reichtum ist eigentlich ein Qualitätsmerkmal für den Erhaltungszustand A. Schaut man aber genauer, aus welchen Arten sich die größere Vielfalt der B- und C-Flächen rekrutiert, fallen zum einen etliche Gehölzarten auf. Mangels konkreter Mengenangaben kann nur vermutet werden, dass es sich sowohl um einige ältere, strukturbereichernde Einzelgehölze als auch einige initiale Junggehölze, die bei der Wiesenbewirtschaftung durch Mahd wieder zurückgeschnitten werden könnten, handelt. Diese Vermutung wird

Eine UVP findet im Rahmen der Umweltprüfung zum Bebauungsplan statt.

Hierzu wurde im Zeitraum Mai – August 2020 eine nochmals vertiefende Kartierung / Erfassung der örtlichen Biotoptypen, insbesondere auch der geschützten Magergrünländer, durchgeführt. Im Rahmen der Magergrünländerfassung wurden vegetationskundliche / botanische Bestandsaufnahmen mit u.a. Einstufung der Häufigkeit von Pflanzenarten, Deckungsgrad, Individuenzahl sowie Zeigerwerte vollzogen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Eine abschließende Einstufung der Erhaltungszustände A / B / C örtlicher Magergrünländer ist im Rahmen der vorgenannten Erfassung im Jahr 2020 erfolgt.

Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

im o.g. Gutachten durch die Aussage bestätigt, dass ein Teil der Flächen beginnende Verbuschung v.a. mit Weidenarten (*Salix caprea*, *Salix rubens*) und Esche (*Fraxinus excelsior*) zeigt. Zudem kommt Brombeere (*Rubus spec.*) regelmäßig vor. Zum anderen sind ziemlich viele Arten der B- und C-Wiesen mittlerer Standorte in der Gesamtartenliste eigentlich keine klassischen Wiesenarten, sondern sind in Ruderalfluren, Säumen oder Wiesen- und Weidenbrachen zu Hause, namentlich: *Agrimonia eupatoria*, *Artemisia vulgaris*, *Cirsium arvense*, *Cirsium vulgare*, *Convolvulus arvensis*, *Dipsacus sylvestris*, *Epilobium angustifolium*, *Epilobium hirsutum*, *Hypericum perforatum*, *Linaria vulgaris*, *Origanum vulgare*, *Rubus spec.*, *Rumex crispus*, *Rumex obtusifolius*, *Senecio jacobaea*, *Tanacetum vulgare* und *Urtica dioica*. Sie alle zeigen deutlich an, dass die Wiesen auf dem Flugplatz in jüngerer Zeit nicht mehr ordentlich gemäht und abgeerntet wurden. Damit sind die Wiesen zwar insgesamt artenreicher, was für den Erhaltungszustand B spricht, aber nicht reicher an typischen Wiesenarten, die den Erhaltungszustand A anzeigen würden. Selbst die klassischen Wiesenarten *Daucus carota*, *Galium album* und *Vicia cracca* zeigen, wenn sie massenhaft auftreten, eine Störung im Artengefüge an, die i.d.R. durch eine mangelnde oder falsche Bewirtschaftung verursacht wird.

Falls die Wiesen in den letzten Jahren anstelle einer Mahd mit Heuwerbung möglicherweise gemulcht wurden, wäre dies nicht weniger kritisch zu bewerten als mehrjährige Nutzungs-unterlassung. Sie würden mit der Zeit ihre Magerkeit verlieren. Vor allem aber wirkt sich Mulchen tödlich für die Heuschreckenpopulation aus, weil nicht wenige Individuen vom glatten Schnitt eines Mähwerks getroffen werden, sondern fast alle Individuen vom Schlegel-mulcher zerschlegt werden.

In den Beispielwiesen der Gesamtartenliste gibt es auch etliche typische Magerkeitszeiger, wenngleich diese laut Gutachten nur vereinzelt und nicht flächendeckend vorkommen, namentlich: *Agrostis capillaris*, *Anthoxanthum odoratum*, *Bromus erectus*, *Carex leporina*, *Deschampsia caespitosa*, *Festuca rubra*, *Hypericum maculatum*, *Euphorbia cyparissia*, *Galium verum*, *Lotus corniculatus*, *Ononis repens*, *Origanum vulgare*, *Pimpinella saxifraga*, *Plantago media*, *Primula veris*, *Rhinanthus minor*, *Salvia pratense*, *Sanguisorba minor*, *Silaum silaus* und *Stellaria graminea*. Mit diesen Arten besteht ein großes Potential für eine bessere Entwicklung der Wiesen ( - d.h. für den Erhaltungszustand A ), wenn eine ordentliche Nutzung, d.h. Mähen mit

Hier wird abermals auf vertiefend durchgeführte Kartierungen / Erfassungen in 2020 verwiesen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Hier wird abermals auf vertiefend durchgeführte Kartierungen / Erfassungen in 2020 verwiesen.

Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

Heuwerbung, stattfinden und gewährleistet würde, - wie es früher sicherlich der Fall war.

Im o.g. Gutachten werden Aussagen zu den Altlasten im Planungsgebiet gemacht, und zwar dass im Flightline-Bereich der westliche Teil am stärksten mit PFC u.a. Altlasten belastet ist. Das zitierte Gutachten von Altbockum & Partner (2019) empfiehlt den Verzicht auf die Verwertung des Aufwuchses vom Ost- und Westende der Flightline als Futtermittel, während das Schnittgut im zentralen Bereich der Landebahn genutzt werden kann ( - siehe Abb. 47 !). Die Kontaminierung des Aufwuchses kann also für den größeren Teil der Wiesen nicht als Argument für das Unterlassen der Heuwerbung herangezogen werden.

Das o.g. Gutachten, kommt zu dem Ergebnis, dass das gesamte Untersuchungsgebiet im Einzelnen betrachtet eine mittlere ökologische Wertigkeit aufweist.

Das ist bezüglich des überwiegenden Erhaltungszustands "B" der Wiesen stimmig. Weiter heißt es im Gutachten: „Im regionalen Bezug ist die Bedeutung des Gebiets aufgrund seiner Ausprägung und Bewirtschaftung der Biotope, der Flächengröße und dem Fehlen von Magerwiesen im Umland als hoch einzustufen.“

Das stimmt ebenfalls und ich kann aufgrund meiner Kenntnis der Region und jahrzehntelanger Arbeit im Grünland bestätigen, dass es im näheren Umland keine Magerwiesen mehr gibt.

Das Gutachten benennt zudem, dass ein Biodiversitätsschaden durch den irreversiblen Verlust von Wiesen des FFH-LRT 6510 entstehen würde. Auch das trifft definitiv zu. Jedoch wird daraus gefolgert, dass zur Schadensvermeidung im Naturraum Biotope des LRT 6510 in gleicher Quantität und Qualität zu entwickeln wären, z.B. Umwandlung von Äckern in Wiesen durch Übertragung von Mahdgut aus artenreichen Wiesen.

Das halte ich bezüglich der Effizienz solcher Entwicklungen, sowohl was die zu erreichende Qualität als auch Quantität betrifft, für eine sehr vereinfachende Aussage, denn die Voraussetzungen dafür sind diffizil. Quantitativ schätze ich die Lage so ein, dass aufgrund des großen Drucks auf landwirtschaftliche Flächen im Umland kaum Flächen für die Entwicklung von Biotopflächen rekrutiert werden können. Qualitativ sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Herstellung und Entwicklung artenreicher Wiesen folgende: Vorhandensein und Auswahl geeigneter Spenderflächen für Mahdgutübertragungen in der näheren Umgebung ( - hier wären Wiesen in der Gemarkung Orenhofen passend und am nächsten), ggf. Ansaat von typischen

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen

Diesbezüglich wird auf entsprechende analoge Kommentierungen zu Stellungnahmen der Oberen und Unteren Naturschutzbehörde verwiesen (vgl. Stellungnahmen 09 und 16), insbesondere zur beabsichtigten Ausweisung von Ausgleichsflächen und Festlegung von Maßnahmen.

Die fachlichen Hinweise von Frau Jacob können hierbei berücksichtigt werden.

Die verbindliche und fachliche Festlegung von Ausgleichsmaßnahmen erfolgt in Abstimmung mit den zuständigen Naturschutzbehörden.

Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

Wiesengräsern und -kräutern mit Saatgut aus der Region ( - wenn es solches in der Region gibt), Anleitung bei der Anlage der Wiesen sowie ein mehrjähriges Monitoring durch fachlich kompetente Leute ( - z.B. Biologen, Landschaftsökologen), Nachbesserungen von Fehlentwicklungen, Organisation der kontinuierlichen Pflege durch Heuwerbung. Insgesamt ist das eine relativ kostenintensive Angelegenheit, aber unerlässlich, wenn der Ausgleich ernst gemeint ist und gelingen soll. Ein trauriges Beispiel für misslungenen Ausgleich sind die vielen neuangelegten "Streuobstwiesen", die mangels Pflege ihr Entwicklungsziel ( - von der simplen Anpflanzung von Jungbäumen zu einer stattlichen Streuobstwiese zu wachsen und gedeihen) nicht erreichen. Es gibt gute Beispiele für die erfolgreiche Praxis zum Anlegen artenreicher Wiesen z.B. bei der biologischen Station SICONA (Ansprechpartner Frau Dr. Simone Schneider) in Luxemburg oder z.B. das Projekt "Blütenmeer 2020" der Stiftung Naturschutz in Schleswig-Holstein.

Ob mit dem Anlegen von neuen artenreichen Wiesen auch die Avifauna, Tagfalter- und Heuschreckenpopulation der Flugplatzwiesen erhalten blieben, kann ich nicht beurteilen, - wage aber, dieses zu bezweifeln.

Desweiteren heißt es: „Da das Untersuchungsgebiet von hoher ökologischer Bedeutung ist, sind im Falle einer Sanierung sowohl Flächen des FFH-LRT 6510 bzw. §15 LNatschG als auch nach der FFH-Richtlinie geschützte Tierarten betroffen. Um eine Sanierung durchführen zu können, sind daher Ausnahmen / Befreiungen notwendig.“ Hier ist die Rede von Ausnahmen und Befreiungen von §44 BNatschG, die durch §45 Absatz 7 Satz 4 geregelt werden. Laut Gutachten kann „Aufgrund der Gesamtbelastungssituation ... gemäß §45 Absatz 7 Satz 4 BNatschG eine Ausnahme von §44 BNatschG beantragt werden, da eine Altlastensanierung sowohl im Interesse der Gesundheit der Menschen liegt, als auch aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses notwendig ist, um eine weitere Ausbreitung von PFC ... zu verhindern.“ Aber:

„Zum Erhalt einer Ausnahmegenehmigung ist zu gewährleisten, dass sich der Erhaltungszustand der betroffenen Arten gemäß §45 Absatz 7 BNatschG nicht verschlechtert, und dass gemäß Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG die Populationen der betroffenen Arten in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotz der Ausnahmeregelung ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand

Diesbezüglich wird auf entsprechende analoge Kommentierungen zu Stellungnahmen der Oberen und Unteren Naturschutzbehörde verwiesen (vgl. Stellungnahmen 09 und 16). Die Voraussetzungen für etwaige Ausnahmen / Befreiungen werden im weiteren Verfahren in Abstimmung mit den zuständigen Naturschutzbehörden geklärt.

Frühzeitige Beteiligung ☒Offenlage: ☐

verweilen. Dazu müssen dann FCS-Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustands konzipiert und umgesetzt werden.“

Zu Kompensationsmaßnahmen siehe meine obigen Hinweise!

Abschließend wird im Gutachten festgehalten, ...“dass trotz der ökologischen Wertigkeit der Flora und Fauna im Untersuchungsgebiet und dem damit verbundenen natur- und artenschutzrechtlichen Konfliktpotentials die Altlastenproblematik als übergeordneter Belang gewertet wird und dahingehend prioritärer Handlungsbedarf besteht.“

Dem kann ich nicht zustimmen. Hier wird wieder einmal der Naturschutz gegen andere Interessen ausgespielt. Und sei das Interesse der Sanierung von Altlasten noch so edel, es dient hier vor allen Dingen dem Zweck, eine der Sanierung nachfolgende wirtschaftliche Nutzung der Flächen als Gewerbegebiet zu ermöglichen. Zudem wurde nach dem Gutachten von Altbockum & Partner (2019) für den Zentralbereich des Planungsgebiets keine PFC-Belastung nachgewiesen und es besteht dort somit kein Handlungsbedarf zur Sanierung, wie in der Abb. 47 „Altlasten und PFC im Untersuchungsgebiet“ anschaulich dargestellt ist. Aus diesem Grund zieht hier die Notwendigkeit einer Sanierung nicht.

Eine Befreiung bzw. Ausnahmegenehmigung von den Vorgaben der Naturschutzgesetze wäre lediglich für den erheblich kontaminierten westlichen Teil des Planungsgebiets erforderlich und zulässig.

Keine oder nur geringe PFC-Belastung der Wiesen bzw. der Böden und des Aufwuchses rechts und links der Landebahn erscheint mir insofern logisch, als Feuerlöschübungen ( - mit den PFC-haltigen Löschmitteln) mitten auf der Landebahn wohl eher nicht die gängige Praxis gewesen sein werden.

Wie passiert eigentlich Arten- bzw. Biodiversitätsverlust ? Ganz einfach: - hier ein bisschen, da ein bisschen, dort ein bisschen mehr und auf dem Flugplatz Bitburg auf einen Schlag ziemlich viel... Es geht ganz unauffällig und anfangs langsam, aber es summiert sich, - später vielleicht sogar exponentiell. Und dann irgendwann, aber leider erst wenn es längst zu spät ist, fragen die Leute verwundert: Nanu, wo sind denn all die Arten geblieben??? Früher gab es doch so viele Blumen, - Schlüsselblümchen, Margeriten, Wiesenschaumkraut, und Vögel, - Feldlerchen, Kuckuck, und Schmetterlinge...! Und wieso hört man eigentlich keine Grillen mehr zirpen? Alle der Gier nach mehr Wirtschaftswachstum und Konsumgütern geopfert? Ja. Dumm gelaufen, s e h r dumm...

Die Natur- und Artenschutzbelange werden umfassend gemäß den fachlichen und rechtlichen Vorgaben in der Bauleitplanung berücksichtigt, da ansonsten ggf. unüberwindbare Planungshindernisse eintreten könnten und ein Vollzug der Planung nicht möglich wäre.



Frühzeitige Beteiligung ☒ | Offenlage: ☐ |

Abschließend möchte ich Ihnen also nahelegen, von Ihren Plänen Abstand zu nehmen und die geschützten Wiesen nicht nur zu erhalten, sondern sie zukünftig auch wieder durch jährliche Heuwerbung bewirtschaften zu lassen, damit sie sich nicht weiter verschlechtern, sondern wieder so gut werden wie zur Zeit ihrer Kartierung als Biotop. Zur Erinnerung: es wurden im o.g. Gutachten lediglich 1,7 ha von über 90 ha Wiesen im Erhaltungszustand "A", also als hervorragend ausgeprägt festgestellt. Das ist eine Blamage. Oder Absicht ?"

Es soll an der beabsichtigten Bauleitplanung festgehalten werden, unter Berücksichtigung vollumfänglicher natur- und artenschutzrechtlicher Vorschriften, insbesondere im Zusammenhang mit der geplanten großflächigen Ausweisung von Ausgleichsflächen / Maßnahmen.

**Beschluss:** Die vorgetragenen Hinweise und Bedenken werden zur Kenntnis genommen.  
Eine weitere Klärung erfolgt in Abstimmung mit der Unteren und der Oberen Naturschutzbehörde.  
Sollten Ausnahmen / Befreiungen / vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen usw. erforderlich werden, so werden diese in Abstimmung mit der Unteren und der Oberen Naturschutzbehörde festgelegt und umgesetzt.  
Der Sachverhalt ist bis zur Offenlage des Bebauungsplans abschließend zu klären.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung